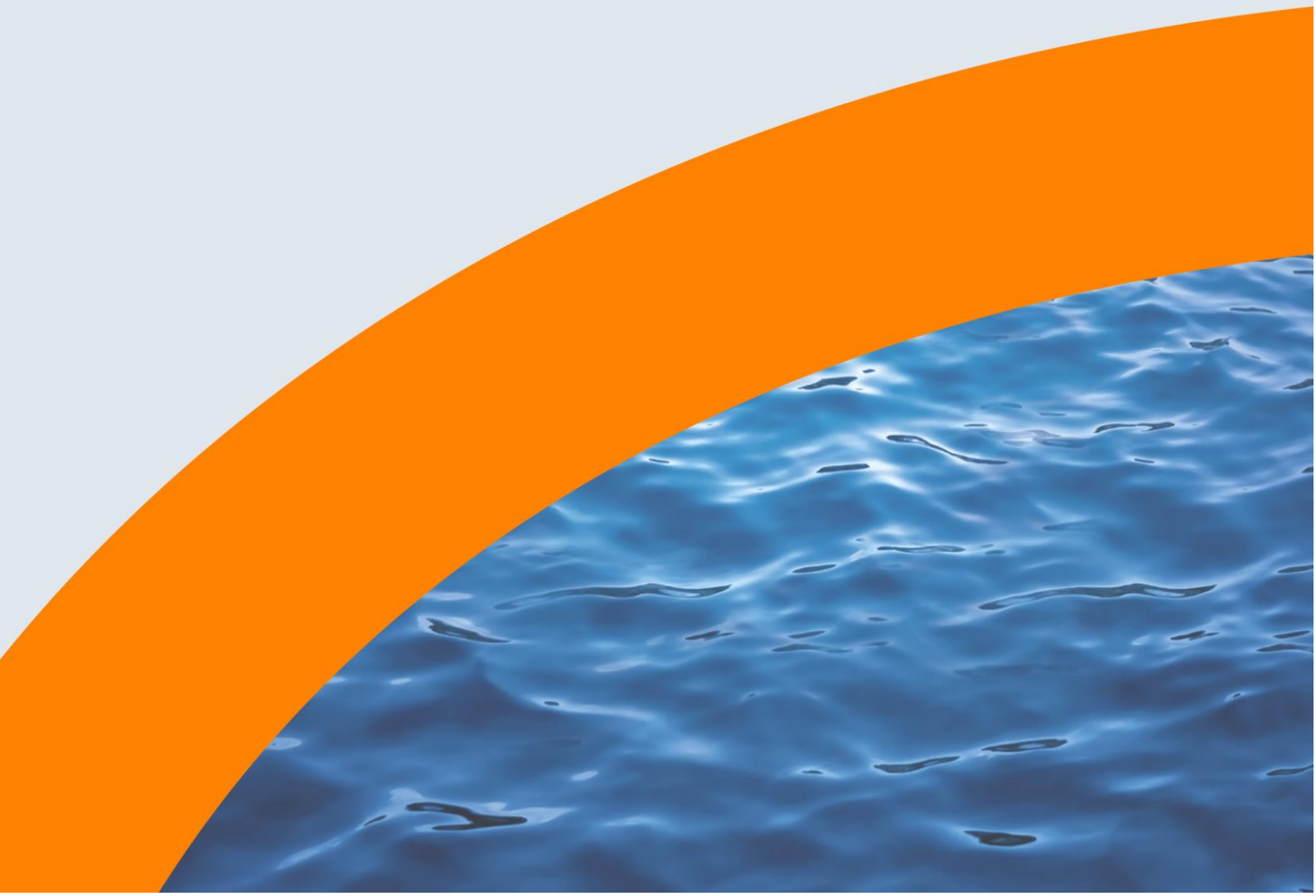


Jahresabschluss und Lagebericht

2018



BAG Bankaktiengesellschaft

Gabelsbergerstr. 1a

59069 Hamm

www.bag-bank.de



**Jahresabschluss und Lagebericht der
BAG Bankaktiengesellschaft 2018**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Lagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2018.....	3
Jahresabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft 2018.....	29
- Bilanz	30
- Gewinn- und Verlustrechnung	32
- Anhang	33
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	55
Bericht des Aufsichtsrates	65



**Lagebericht
der
BAG Bankaktiengesellschaft
für das Geschäftsjahr
2018**

Lagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2018

1	Grundlagen des Unternehmens	5
1.1	Geschäftsmodell der BAG Bankaktiengesellschaft	5
1.2	Ziele und Strategien	6
1.3	Das Steuerungssystem	6
2	Wirtschaftsbericht	7
2.1	Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	7
2.2	Geschäftsverlauf	7
2.3	Projekt Migration auf agree21	8
2.4	Lage	9
2.4.1	Vermögenslage	9
2.4.2	Ertragslage	10
2.4.3	Finanzlage.....	11
2.5	Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren.....	12
2.5.1	Finanzielle Leistungsindikatoren	12
2.5.2	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	13
2.5.3	Vergütungssystem der Mitarbeiter	14
3	Prognose-, Chancen- und Risikobericht	15
3.1	Prognosebericht	15
3.2	Chancen-/Risikobericht	17
3.2.1	Zielsetzung und Grundlagen des Risikomanagements	17
3.2.2	Deckung der Risikoaktiva durch angemessene Eigenmittel.....	17
3.2.3	Risikotragfähigkeit.....	18
3.2.4	Risikoarten und ihre Steuerung.....	19
3.2.5	Interne Revision	26
4	Erklärung zur Unternehmensführung	27

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell der BAG Bankaktiengesellschaft

Die BAG Bankaktiengesellschaft ist das Kompetenzcenter der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken¹ für die Bearbeitung von problembehafteten Kreditengagements, Immobilien und Beteiligungen und versteht sich als proaktiver Problemlöser und Partner für die Mitglieder der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Schwerpunkt des Geschäftsgebietes der BAG Bankaktiengesellschaft ist die Bundesrepublik Deutschland, ihr Sitz ist in Hamm. Die BAG Bankaktiengesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 117 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter² und weitere 73 Mitarbeiter in den konsolidierten Tochtergesellschaften. Vertragspartner der BAG Bankaktiengesellschaft sind im Wesentlichen die Mitglieder der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, die Problemfälle von der BAG Bankaktiengesellschaft im Servicing bearbeiten lassen bzw. problembehaftete Kreditforderungen, Immobilien und/oder Beteiligungen auf die BAG Bankaktiengesellschaft übertragen. Darüber hinaus ist die BAG Bankaktiengesellschaft im Rahmen von Servicing-Dienstleistungen in Einzelfällen für Kreditinstitute außerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe tätig.

Die Produkt- und Dienstleistungspalette der BAG Bankaktiengesellschaft orientiert sich an ihrer Aufgabenstellung. Dabei gilt der Grundsatz, dass der Ankauf von Risiken nur von Mitgliedern der Genossenschaftlichen FinanzGruppe erfolgt, ein Risikotransfer aus anderen Gruppen in die Genossenschaftliche FinanzGruppe wird nicht vorgenommen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die BAG Bankaktiengesellschaft der Unterstützung von Gesellschaften der BAG-Gruppe, die neben den hierfür im Wesentlichen eingeschalteten Dienstleistungsgesellschaften, welche insbesondere Leistungen in der Immobilienbewertung und -vermittlung sowie im Inkasso erbringen, zahlreiche Zweckgesellschaften umfasst.

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird im weiteren Verlauf des Lageberichtes von der „Genossenschaftlichen FinanzGruppe“ gesprochen.

² Zur besseren Lesbarkeit wird im weiteren Verlauf des Dokuments der Begriff „Mitarbeiter“ verwendet, gemeint ist damit jeweils die Formulierung „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“.

1.2 Ziele und Strategien

Die BAG Bankaktiengesellschaft verfolgt im Rahmen ihrer Aufgabenstellung eine Qualitätsführerschaft. Die Zufriedenheit der Primärbanken mit den Leistungen der BAG Bankaktiengesellschaft steht im Vordergrund. Ferner strebt die BAG Bankaktiengesellschaft das Ziel an, eine angemessene Leistung auf das vom Hauptaktionär bereitgestellte Kapital zu gewährleisten.

Die BAG Bankaktiengesellschaft verfolgt für die strategisch definierten Geschäftsfelder weiterhin eine Konsolidierungsstrategie. Aufgrund der Abbaustrategie von in Vorjahren erworbenen Problemkrediten sowie für die Immobilien- und Beteiligungsbestände wird das Geschäftsvolumen weiter abnehmen.

Auf Basis der gruppenweiten Immobilienstrategie wird der Abbau der Immobilienbestände sowohl der Bank wie auch der Tochter- und Enkelgesellschaften bis zur Höhe eines definierten Zielfortfolios von 22 Immobilien (Buchwerte zum Bilanzstichtag 2018: 41,7 Mio. EUR), welches mittelfristig gehalten werden soll, verfolgt.

Die Zweckgesellschaften werden sich in den Folgejahren weiter reduzieren. Für die Dienstleistungsgesellschaften wird eine dauerhafte Geschäftstätigkeit bei hinreichender Ertragskraft angestrebt.

1.3 Das Steuerungssystem

Dem Bereich Finanzen obliegt die gruppenweite Überwachung der wesentlichen betriebswirtschaftlichen Kennziffern, der monatlichen Soll-/Ist-Vergleiche sowie der quartalsweisen GuV- und Bilanzplanung der BAG Bankaktiengesellschaft und der BAG-Gruppe.

Im Bereich Risikocontrolling erfolgt die Überwachung der banktypischen Risiken. Hierzu verweisen wir im Einzelnen auf die Berichtsabschnitte unter 3.2.1 ff..

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft setzte im Jahr 2018 ihren Aufschwung getragen durch die positive Inlandsnachfrage fort. Allerdings fiel der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr mit 1,4 %³ merklich schwächer aus als 2017 (+2,2 %) und als noch zu Jahresbeginn 2018 erwartet. Die Stimmung an den Finanzmärkten trübte sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich ein. Grund hierfür waren zunehmende Unsicherheiten verursacht durch die Handelspolitik der US-Regierung, das reduzierte Wirtschaftswachstum von China und anderen Schwellenländern sowie die schwindende Hoffnung auf einen geregelten Brexit.

Der Immobilienmarkt in Deutschland hat aufgrund der überwiegend immobilienbesicherten Kredite und des Immobilienbestands für die BAG Bankaktiengesellschaft eine besondere Bedeutung. Im Jahr 2018 war der Immobilienmarkt weiterhin robust und auch aufgrund der Situation am Geld- und Kapitalmarkt von grundsätzlich steigenden Immobilienpreisen geprägt. Die künftige Immobilienmarktentwicklung bleibt mit Unsicherheiten behaftet. Dabei ist eine unterschiedliche Wert- und Preisentwicklung der Immobilien in Abhängigkeit sowohl von der Makro- und Mikrolage als auch von der Objektart erkennbar.

Die Regulierungsdichte für Banken hat sich in vielen Bereichen, auch als Folge der Finanzmarktkrise, massiv erhöht. Die Vielzahl der Novellierungen, Modernisierungen und Neuregulierungen im Bankenaufsichtsrecht hat auch bei der BAG Bankaktiengesellschaft einen zusätzlichen administrativen Aufwand verursacht und wird weiter zunehmen.

2.2 Geschäftsverlauf

Die makroökonomischen Rahmenbedingungen spiegeln sich bei der Entwicklung der sich im Bestand befindenden Kredite, Immobilien und Beteiligungen wider. Aufgrund der positiven Konjunktur in Deutschland konnten die Bilanzbestände planmäßig reduziert werden. Die Neugeschäftsakquisition bei den Mitgliedern der Genossenschaftlichen FinanzGruppe blieb aufgrund der wirtschaftlichen Lage und des insgesamt niedrigen Problemerkreditvolumens schwierig.

³ vgl. Pressemitteilung Nr. 050 vom 14.02.2019 destatis

Im Bereich Servicing wurden die Erwartungen im Geschäftsjahr 2018 mit neu akquiriertem Geschäft von 93 Problemkrediten mit einem Bearbeitungsvolumen in Höhe von 31,2 Mio. EUR nicht vollständig erfüllt (Vorjahr: 112 Problemkredite und 51,3 Mio. EUR). Mit 16 Beratungen (Erstellung von Abwicklungs- und Sanierungskonzepten) wurde der Bereich Servicing kundenorientiert ergänzt.

Der Forderungsankauf der BAG Bankaktiengesellschaft ist im Geschäftsjahr 2018 nahezu zum Erliegen gekommen. Zwar wurde eine gewisse Nachfrage verzeichnet, doch gab es in dem Geschäftsfeld nur einen erfolgreichen Geschäftsabschluss über 0,8 Mio. EUR (Vorjahr: Geschäftsabschlüsse über 3,6 Mio. EUR). Darüber hinaus wurden Sondergeschäfte (z.B. Erwerberfinanzierungen) in Höhe von 3,6 Mio. EUR (Vorjahr: 5,1 Mio. EUR) getätigt.

Eine positive Entwicklung konnte im Bereich der Tochtergesellschaften sowohl bei der BAG Wert GmbH als auch der VR Inkasso Leasing & Consulting GmbH verzeichnet werden.

Im Vertriebsfokus stehen die Akquise interessierter Banken und die Stärkung der Partnerschaften mit den aktiven Servicingbanken. Dies wurde durch einen ganzheitlichen Vertriebsansatz konsequent verfolgt. Dazu zählen unter anderem der BAG-Kundenbeirat, die Dienstleistung Beratung und das Cash-Flow-basierte Vergütungsmodell im Servicing.

2.3 Projekt Migration auf agree21

Die BAG ist als Nutzer von bank21 von der Fusion der Rechenzentren und der Migration des Kernbankverfahrens betroffen. Das Projekt „agree21 Migration“ wurde nach einer Vorbereitungsphase am 28. November 2018 gestartet. Aufgrund des Geschäftsmodells der BAG wurden neben der durch das Rechenzentrum vorgegebenen Standard-Projektstruktur weitere Maßnahmen zur Umsetzung der im Rahmen des Projektes „Neuausrichtung IT“ entwickelten Sonderlösungen initiiert. Die Projektlaufzeit beträgt bis zum Migrationszeitpunkt 22 Monate. Als Gesamtbudget wurden für die Jahre 2019/2020 ca. 1,4 Mio. EUR eingeplant. Die Fiducia & GAD IT AG leistet als Entlastung für die Migrationsaufwendungen eine Kompensationszahlung in Höhe von 267 TEUR im Jahr 2020.

2.4 Lage

2.4.1 Vermögenslage

Die Veränderung der Struktur des Vermögens ist durch die erheblichen Tilgungen bei den Forderungen an Kunden gekennzeichnet. Der daraus resultierende Liquiditätszufluss sowie nicht benötigte Liquidität aus der Bilanzposition „Forderungen an Kreditinstitute“ wurden zum Aufbau des Bilanzpostens „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ um 103,5 Mio. EUR auf 107,8 Mio. EUR durch die Investition in einen Spezialfonds verwendet.

Die Forderungen an Kreditinstitute von 39,2 Mio. EUR (Vorjahr: 104,0 Mio. EUR) betreffen insbesondere Guthaben bei der genossenschaftlichen Zentralbank.

Die Kundenforderungen haben sich durch Tilgungen und Rückführungen um 43,6 Mio. EUR auf 144,2 Mio. EUR ermäßigt (Vorjahr: 187,8 Mio. EUR). Das insgesamt bearbeitete Problemkreditvolumen betrug zum Bilanzstichtag 329,8 Mio. EUR (Vorjahr: 403,3 Mio. EUR).

Der festverzinsliche Wertpapierbestand von 23,0 Mio. EUR (Vorjahr: 21,6 Mio. EUR) von Emittenten einwandfreier Bonität dient der Erfüllung der bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen.

Der Gesamtbestand der Immobilien der BAG Bankaktiengesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag 42,4 Mio. EUR (Vorjahr: 54,7 Mio. EUR). Hiervon werden 39,7 Mio. EUR (Vorjahr: 48,8 Mio. EUR) im Sachanlagevermögen ausgewiesen. Grundsätzlich ist der Immobilienbestand bis auf ein Halteportfolio von 18 Objekten mit Buchwerten zum Bilanzstichtag 2018 von 31,0 Mio. EUR für den Abverkauf vorgesehen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich von 56,2 Mio. EUR auf 60,4 Mio. EUR erhöht.

Die Rückstellungen werden mit einem Betrag von 30,3 Mio. EUR ausgewiesen (Vorjahr: 44,4 Mio. EUR). Die wesentlichen Reduzierungen resultieren aus dem Verbrauch der Steuerrückstellungen von 10,8 Mio. EUR.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 67,1 % (Vorjahr: 65,7 %) der Bilanzsumme zum Abschlussstichtag.

Hinsichtlich der erforderlichen Angaben nach § 160 Abs. 1 Nr. 2 AktG zum Bestand an eigenen Aktien der BAG Bankaktiengesellschaft wird auf den Anhang verwiesen.

Das unverändert zu 99,9 % vom BVR⁴ zur Verfügung gestellte Eigenkapital stellt die wesentlichste Säule der Kapitalstruktur der BAG Bankaktiengesellschaft dar.

Die BAG Bankaktiengesellschaft ist der Sicherungseinrichtung des BVR angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Darüber hinaus ist die BAG Bankaktiengesellschaft als europäisches CRR-Institut der BVR Instituts-sicherung GmbH angeschlossen.

2.4.2 Ertragslage

Das Ergebnis der BAG Bankaktiengesellschaft ist weiterhin durch die besondere Aufgabenstellung geprägt. Analog zum deutlich rückläufigen Kreditvolumen hat sich im Geschäftsjahr 2018 das Zinsergebnis auf 7,3 Mio. EUR (Vorjahr: 10,5 Mio. EUR) vermindert.

Aufgrund von getroffenen Vereinbarungen mit der Sicherungseinrichtung des BVR wurde diese im Geschäftsjahr 2018 in Höhe von 5,9 Mio. EUR (Vorjahr: 3,4 Mio. EUR) für mit Garantien übertragene Kredite in Anspruch genommen.

Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr weitere ergebniswirksame Risikovorsorgen für Kundenforderungen gebildet, denen erhebliche Erträge aus der Freisetzung von Einzelwertberichtigungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen gegenüberstehen. Insgesamt konnten saldierte Erträge aus der Forderungs- und Wertpapierbewertung sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von 11,9 Mio. EUR (Vorjahr: 33,0 Mio. EUR) ausgewiesen werden.

Dem latenten Kreditrisiko wird durch Bildung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen, deren Berechnung grundsätzlich auf der Basis des BMF-Schreibens vom 10.01.1994 erfolgt. Von dieser Bewertungsmethode des Vorjahres wurde im Hinblick auf den Entwurf einer Stellungnahme zu Pauschalwertberichtigungen bei Instituten (IDW ERS BFA 7) wie folgt abgewichen: Die Bank hat erstmals im Jahresabschluss 2018 auf den 40 %-Abschlag bei der Ermittlung der

⁴ BVR: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin

Pauschalwertberichtigung nach dem steuerlichen Schreiben verzichtet. Hieraus ergibt sich eine Erhöhung der Pauschalwertberichtigungen um 701 TEUR.

Weitere wesentliche saldierte Erträge resultieren in Höhe von 6,4 Mio. EUR (Vorjahr: 1,2 Mio. EUR) aus der Bewertung der Beteiligungen und der Anteile an verbundenen Unternehmen.

Der Ergebnisbeitrag des bankeigenen Immobilienbestandes belief sich im Geschäftsjahr auf 4,5 Mio. EUR (Vorjahr: 1,9 Mio. EUR). Dabei standen den Erträgen aus Mieten, Verkaufsgewinnen, Zuschreibungen und sonstigen Geschäftsvorfällen in Höhe von 14,3 Mio. EUR (Vorjahr: 12,8 Mio. EUR) Aufwendungen aus der Immobilienbewirtschaftung, Verkaufsverluste, Abschreibungen und übrige Aufwendungen mit einem Gesamtbetrag von 9,8 Mio. EUR (Vorjahr: 10,9 Mio. EUR) gegenüber.

Die Personalaufwendungen sind im Geschäftsjahr unter Berücksichtigung von Tarifsteigerungen und einer im Durchschnitt geringeren Anzahl von Mitarbeitern im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich von 11,3 Mio. EUR um 1,8 Mio. EUR auf 9,5 Mio. EUR reduziert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 29,5 Mio. EUR (Vorjahr: 29,2 Mio. EUR) enthalten Aufwendungen von 22,9 Mio. EUR (Vorjahr: 20,2 Mio. EUR) für die Bedienung des Besserungsscheins zu Gunsten des BVR.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen in Höhe von 3,4 Mio. EUR haben sich gegenüber dem Vorjahr (3,6 Mio. EUR) bedingt durch geringere planmäßige Abschreibungen vermindert.

Nach Bedienung des Besserungsscheins wird ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen.

2.4.3 Finanzlage

Zum Bilanzstichtag beliefen sich die freien Refinanzierungsmöglichkeiten bei der genossenschaftlichen Zentralbank auf 100 Mio. EUR; Kündigungen der Refinanzierungslinie sind nur eingeschränkt möglich.

Die bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von 60,4 Mio. EUR (Vorjahr: 56,2 Mio. EUR) entfallen zum wesentlichen Teil auf Einlagen von Tochter- und Enkelgesellschaften der BAG-Gruppe.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank ist geordnet.

Die Vorgaben zur Einhaltung der Liquidity Coverage Ratio(LCR) gemäß der CRR/CRD IV⁵ wurden während des gesamten Geschäftsjahres erfüllt.

2.5 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren zur Steuerung der Bank und der BAG-Gruppe stellen die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen Zins- und Provisionsspanne, Personalaufwandsspanne, Sachaufwandsspanne und Bewertungsergebnisspanne dar.

Im Geschäftsjahr 2018 ergaben sich nachfolgende Abweichungen von den Planwerten für diese Kennzahlen:

Zins- und Provisionsspanne:

Plan: 2,5 % Ist: 2,7 %

Personalaufwandsspanne:

Plan: 2,6 % Ist: 2,6 %

Sachaufwandsspanne:

Plan: 3,9 % Ist: 3,4 %

Kreditbewertungsergebnisspanne:⁶

Plan: 4,2 % Ist: 5,2 %

⁵ CRR/CRD IV: Basel III wurde auf europäischer Ebene durch zwei Rechtsakte umgesetzt: Verordnung (EU) Nr. 575/2013: Capital Requirements Regulation und Richtlinie 2013/36/EU: Capital Requirements Directive Number IV

⁶ unter Berücksichtigung von Zahlungen der Sicherungseinrichtung des BVR

2.5.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die BAG Bankaktiengesellschaft hat unter Einbeziehung aller Mitarbeiter ein Unternehmensleitbild sowie die damit verzahnten Führungsgrundsätze und einen Verhaltenskodex entwickelt.



Abbildung: grafische Darstellung des Leitbildes der BAG Bankaktiengesellschaft

Um zu gewährleisten, dass die dort enthaltenen zentralen Werte „Qualität“, „Kompetenz“, „Vertrauen“, „Erfolg“ im Rahmen der Führung der Mitarbeiter einheitlich umgesetzt werden, haben die Führungskräfte der BAG-Gruppe ein Führungshandbuch entwickelt, das im Jahr 2018 überprüft und angepasst wurde. Dadurch und durch hierauf abgestimmte regelmäßige Führungskräfte trainings soll eine durchgängige systematische Verbesserung der Qualifikation und der Qualität der Führungsarbeit sichergestellt werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Führungsarbeit erklärter zentraler Bestandteil der Personalpolitik der BAG Bankaktiengesellschaft.

Zur Spezialisierung haben alle relevanten Mitarbeiter der Bank in Zusammenarbeit mit der ADG⁷ die Fortbildung zum „zertifizierten Problemkreditmanager ADG“ absolviert. Darüber hinaus unterstützt die BAG Bankaktiengesellschaft auch die nebenberufliche Fortbildung der Mitarbeiter in Eigeninitiative. In die Fortbildung der Mitarbeiter innerhalb und außerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe investierte die Bank im Geschäftsjahr 2018 232 TEUR.

⁷ ADG: Akademie Deutscher Genossenschaften ADG, Montabaur

2.5.3 Vergütungssystem der Mitarbeiter

Die Vergütung der Mitarbeiter der BAG Bankaktiengesellschaft richtet sich grundsätzlich nach dem Manteltarifvertrag und Vergütungstarifvertrag für die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie für die genossenschaftliche Zentralbank. In Einzelfällen gewährt die BAG Bankaktiengesellschaft über die tariflichen Zahlungen hinausgehende fixe Zulagen. Diese sind im Wesentlichen abhängig von der Erfahrung und der qualifizierten Aufgabenwahrnehmung des Mitarbeiters und in den jeweiligen Anstellungsverträgen geregelt. Daneben gibt es auch außertariflich entlohnte Mitarbeiter.

Negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen im Sinne der Institutsvergütungsverordnung gehen von den fixen und variablen Gehaltsbestandteilen sowie den abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen oder Individualvereinbarungen nicht aus. Im Bereich der Kontrolleinheiten setzt die BAG Bankaktiengesellschaft über das Vergütungssystem keine Anreize, die der Überwachungsfunktion dieser Einheiten zuwiderlaufen könnten. Auch in diesen Bereichen erfolgt die Vergütung nach den gleichen Grundsätzen.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2019 wird ein weiterer Bilanzsummenabbau von 382 Mio. EUR am Bilanzstichtag 2018 um rund 6 % auf 360 Mio. EUR erwartet. Diese voraussichtliche Entwicklung resultiert, neben dem weiteren Abbau der Immobilienbestände, aus dem Bestandsabbau von Kundenforderungen, der weiter über der bilanzwirksamen Akquisition von Neugeschäftsvolumen liegt.

Ausgehend von den Planungen und der nach wie vor bestehenden unbefristeten Besserungsscheinverpflichtung gegenüber der Sicherungseinrichtung des BVR wird für das Geschäftsjahr 2019 kein Gewinnausweis erwartet. Die Prognose für das Betriebsergebnis liegt zwar unterhalb des hohen Niveaus des Jahres 2018, ermöglicht aber erneut eine deutliche Rückführung der Besserungsscheinverpflichtung. Das Betriebsergebnis 2019 wird wesentlich von einem positiven Zins- und Provisionsergebnis sowie positiven Beiträgen aus dem Bewertungsergebnis getragen. Für das Zinsergebnis, welches ein weiterhin sehr niedriges Zinsumfeld berücksichtigt, wird ein Rückgang zwischen 30 % und 35 % gegenüber dem Vorjahr erwartet. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen dem geplanten Abbau von Kundenforderungen sowie dem niedrigen Zinsniveau geschuldet.

Zugleich ist für das Geschäftsjahr 2019 ein deutlich positives Bewertungsergebnis geplant. Diese Erwartung geht davon aus, dass weiterhin eine stringente Bearbeitung der Kreditportfolien unter Einhaltung der kalkulierten Bearbeitungsfristen und -kosten sowie der Realisierung der kalkulierten Cashflows erfolgt.

Ferner wird die wirtschaftliche Entwicklung von der Akquisition von Neugeschäftsvolumen beeinflusst. Im Geschäftsjahr 2019 wird im Rahmen einer ganzheitlichen Marketingkampagne, die sich über verschiedene Vertriebskanäle (Onlinewerbung, Imagefilm, postalische Werbung, etc.) erstreckt, das Image der BAG-Gruppe gestärkt. Hauptaspekt ist es, die „Qualitätsführerschaft“ im Segment der Problemkredite in den Vordergrund zu stellen und die BAG als Marke zu stärken. Mit Blick auf die anstehende Einführung der Regelungen zum NPL-Backstop ist insbesondere im Geschäftsfeld BAG-Forderungskauf und BAG-Portfolioanalyse ein Anstieg der Geschäftsabschlüsse zu erwarten. Es wird eine Steigerung der Vertriebsleistung und damit verbunden die Übernahme weiteren Bearbeitungsvolumens in den Bereichen Ankauf und Servicing

erwartet. Die geplante Vertriebsleistung berücksichtigt nahezu unveränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Zur Erhöhung der Kontaktquote und somit Steigerung der Vertriebsleistung hat sich die zielgruppengerechte Kundenansprache gut etabliert. Es wird eine höhere Reichweite bei den Primärbanken erwartet. Durch die größere und gezielte Steuerung von Informationen an Banken der Primärstufe als potenzielle Kunden soll die Übernahme von weiterem Bearbeitungsvolumen gesteigert werden.

Negative Abweichungen von der Ergebnisplanung für das Geschäftsjahr 2019 können eintreten, wenn das erwartete Zinsergebnis aufgrund eines unerwarteten Zinsanstiegs bzw. das Bewertungsergebnis aufgrund einer derzeit nicht vorhersehbaren Abschwächung des Immobilienmarktes nicht erreicht wird. Darüber hinaus können Ertragspotenziale durch geringere Neugeschäftsabschlüsse angesichts einer weiterhin stabilen konjunkturellen Lage in Deutschland fehlen.

Bei einem sinkenden Zinsergebnis wird, bei gleichzeitig sinkender Plan-Bilanzsumme, eine reduzierte Zins- und Provisionsspanne in Höhe von 2,5 % erwartet. Der Grund für die gleichbleibende Personalaufwandsspanne von 2,6 % liegt, bei insgesamt leicht reduzierten Personalaufwendungen aufgrund von Personalabbaumaßnahmen, im erwarteten Bilanzsummenrückgang. Bei einem prognostizierten Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen und einem Rückgang der Abschreibungen auf Immobilien des Anlagevermögens wird von einer konstanten Sachaufwandsspanne von 3,4 % ausgegangen. Die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Bewertungsergebnisses führt zu einer prognostizierten Spanne in Höhe von 6,0 %. Dazu wird im Wesentlichen die Kreditbewertungsergebnisspanne von 4,9 % beitragen.

Obwohl die voraussichtliche Entwicklung der BAG-Gruppe nach wie vor von einer Konsolidierung geprägt ist, wird die BAG Bankaktiengesellschaft ihrer speziellen Aufgabenstellung als Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe im Bereich der Bearbeitung und Übernahme von Problemkrediten, -beteiligungen und -immobilien auch weiterhin gerecht werden.

3.2 Chancen-/Risikobericht

3.2.1 Zielsetzung und Grundlagen des Risikomanagements

Ziel des Risikomanagementsystems der BAG Bankaktiengesellschaft ist es, die für das Kreditinstitut als relevant und wesentlich erkannten Risiken zu bewerten, zu begrenzen, zu überwachen, zu berichten und somit die Existenz der Bank langfristig zu sichern. Darüber hinaus wird durch ein zielgerichtetes Risikomanagement auch die frühzeitige Erkennung von Chancen ermöglicht, die als positive Planabweichungen verstanden werden.

Der Vorstand hat Rahmenbedingungen für die risikopolitische Ausrichtung in der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. In der Rahmenanweisung des Vorstands der BAG Bankaktiengesellschaft zum gruppenweiten Risikomanagement werden in Ergänzung zu den Ausführungen in der Geschäfts- und Risikostrategie Regelungen für das gruppenweite Risikomanagement getroffen sowie Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten festgelegt. Die Methoden und Verfahren sowie die grundsätzlichen organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zum Risikomanagementsystem sind im Risikohandbuch dokumentiert. Funktional sind Risikomanagement und Marktbereich bis auf Vorstandsebene getrennt.

Zur Beurteilung und Berichterstattung der Risikosituation ist ein Berichtswesen installiert, das sowohl turnusmäßige Risikoberichte als auch Ad-hoc-Berichte umfasst.

Verantwortlich für die Steuerungs- und Controllingprozesse sowie die Berichterstattung über die Risikosituation ist der Bereich Risikocontrolling, der nicht in das operative Geschäft eingebunden ist.

3.2.2 Deckung der Risikoaktiva durch angemessene Eigenmittel

Ein angemessenes Eigenkapital ist neben einer stets ausreichenden Liquidität die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik. Die Bank verfügte im Geschäftsjahr 2018 stets über die zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erforderliche Eigenmittelausstattung nach CRR/CRD IV.

Die anrechenbaren Eigenmittel belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 254,5 Mio. EUR.

Um frühzeitig Maßnahmen zur Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen einleiten zu können, ist ein Kapitalplanungsprozess installiert, der auch im Rahmen von inversen Betrachtungen möglichen Eigenkapitalbedarf aufzeigt.

Die derzeit vorliegenden Berechnungen lassen in allen Szenarien keinen weiteren Eigenkapitalbedarf erkennen.

3.2.3 Risikotragfähigkeit

Unter Risikotragfähigkeit versteht die BAG Bankaktiengesellschaft die Fähigkeit - auch in der Gruppe - schlagend werdende Risiken aus eigenen Mitteln auffangen zu können; die Risikotragfähigkeit findet ihren quantitativen Ausdruck in der Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn die wesentlichen Risiken unter Berücksichtigung von Konzentrationen durch die Risikodeckungsmasse laufend abgedeckt sind. Die Risikodeckungsmasse ist der Anteil am vorhandenen Risikodeckungspotenzial, der tatsächlich zur Deckung von Risiken herangezogen wird. Die Festlegung der Risikodeckungsmasse erfolgt durch den Vorstand und wird auf der Grundlage des ermittelten Risikodeckungspotenzials und unter Berücksichtigung der Risikoneigung des Vorstands vorgenommen.

Die Gegenüberstellung von Risikodeckungsmasse und ermitteltem Risikopotenzial erfolgt separat für die BAG Bankaktiengesellschaft (Einzelinstitutsebene) sowie für die BAG-Gruppe (Gruppenebene).

Gegenstand der Risikotragfähigkeitsbetrachtung auf Gruppenebene sind neben dem Einzelinstitut alle direkten und indirekten Beteiligungen der BAG Bankaktiengesellschaft, die dem Steuerungskreis für das Risikomanagement auf Gruppenebene angehören. Hierzu gehören alle Gesellschaften, auf die das Einzelinstitut unmittelbar oder mittelbar gestalterische Einflussmöglichkeiten ausüben kann und die eine Bilanzsumme von über 150 TEUR aufweisen.

3.2.4 Risikoarten und ihre Steuerung

Die BAG Bankaktiengesellschaft verschafft sich regelmäßig und anlassbezogen einen Überblick über die für sie relevanten Risiken („Gesamtrisikoprofil“). Im Rahmen einer gruppenweiten Risikoinventur wird diesbezüglich geprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertrags- oder die Liquiditätsslage der Bank oder der Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 waren folgende Risiken als wesentlich im Sinne der MaRisk definiert:

- Adressenausfallrisiken
 - Kreditnehmerisiko (einschl. Migrationsrisiko)
 - Emittentenrisiko
- Marktpreisrisiken
 - Zinsänderungsrisiko (einschl. Kursrisiken aus Wertpapieren)
 - Immobilienwertschwankungsrisiko
- Liquiditätsrisiken
 - Fristentransformationsrisiko
- Operationelle Risiken
- Beteiligungsrisiko (nur für die Gruppe)
- Fondsrisiko

Auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der Risikotragfähigkeitsberechnung steht für das Limitsystem zur Risikosteuerung eine begrenzte Risikodeckungsmasse zur Verfügung.

Die festgelegte Risikodeckungsmasse stellt die Obergrenze für die Limitierung der Risiken auf Ebene des Einzelinstituts bzw. auf Gruppenebene dar. Die Risikodeckungsmasse wird auf die einzelnen, im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigten Risikoarten herunter gebrochen. Neben den Limiten hat die BAG Bankaktiengesellschaft Warngrenzen in Form einer Ampelsystematik festgelegt.

Die regelmäßige Überwachung der Risiken (Einhaltung und Auslastung der Limitgrenzen) erfolgt anhand der im Standardszenario ermittelten Risikopotenziale.

Entsprechend dem Geschäftszweck sind die Adressenausfall- und Immobilienwertschwankungsrisiken von zentraler Bedeutung für die Bank.

3.2.4.1 Adressenausfallrisiko

3.2.4.1.1 Kreditnehmerrisiko

Dem Geschäftszweck folgend sind die auf die BAG Bankaktiengesellschaft übertragenen Forderungen im Wesentlichen Problemkredite im Sinne der MaRisk. Darüber hinaus umfasst das Kreditportfolio der Bank neben Krediten an Tochter- und Enkelgesellschaften auch Kreditengagements, die aufgrund einer Wiedergesundung keine Leistungsstörungen mehr aufweisen. Ziel der Steuerung des Adressenausfallrisikos ist daher primär die Vermeidung zusätzlicher Risiken durch eine stringente Bearbeitung der Kreditengagements verbunden mit der Einhaltung der Kalkulationsparameter, der Nutzung zusätzlicher Erlöspotenziale sowie der Ergreifung von Chancen aus sanierungsbegleitenden Maßnahmen.

Zur Ermittlung der Kreditnehmerrisiken hat die BAG Bankaktiengesellschaft ein Kreditportfoliomodell implementiert.

Die Bank hat im Bereich der Kreditnehmerrisiken eine Intra-Risikokonzentration in Form von Klumpenrisiken an einzelne Kreditnehmer sowie eine Inter-Risikokonzentration im Zusammenhang mit den Immobilienwertschwankungs- und Beteiligungsrisiken identifiziert. Die Konzentrationen werden sowohl quantitativ als auch qualitativ in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die Unterlegung der Adressenausfallrisiken mit anrechenbaren Eigenmitteln gemäß den Vorgaben der CRR/CRD IV erfolgt mittels des Kreditrisiko-Standardansatzes.

Das Kreditportfoliomodell basiert auf einem Monte-Carlo-Simulations- bzw. VaR-Ansatz⁸. Die grundlegende Idee ist eine ausfallbasierte Risikomessung unter Berücksichtigung der Volatilität der Werte der vorhandenen Sicherheiten. Im Gegensatz zu den marktgängigen Modellen, wo entweder reine Ausfälle und/oder Bonitätsmigrationen modelliert werden, erfolgt zusätzlich eine Simulation der möglichen Schwankungen der Sicherheitenwerte. Die monatlich mit Hilfe des Modells ermittelten Größen fließen sowohl in die Ermittlung der Risikodeckungsmasse ein (Expected Loss), als auch in die Betrachtung der Adressenausfallrisiken bzw. in die Ermittlung der Risikotragfähigkeit (Unexpected Loss).

⁸ VaR: Value at Risk

Auf Basis der aktuell vorliegenden Daten und Einschätzungen wäre selbst bei einem schweren konjunkturellen Abschwung die Einhaltung des definierten Risikolimits gewährleistet.

Dagegen eröffnet ein weiterer Anstieg der Immobilienpreise (auch in Randlagen) aufgrund verstärkter Umschichtung von Geldvermögen in Sachwerte die Chance, die Adressenausfallrisiken nicht zuletzt durch einen beschleunigten Kreditportfolioabbau weiter zu reduzieren.

3.2.4.1.2 Emittentenrisiko

Zur Einhaltung der LCR hat die BAG einen Bestand an hochliquiden Aktiva in Form von Wertpapieren aufgebaut. Zur Messung der mit diesen Wertpapieren in Verbindung stehenden Emittentenrisiken setzt die BAG eine vereinfachte Methodik in VR-Control ein. Die vereinfachte Methodik ermittelt das Emittentenrisiko als Summe aus den Migrations- und Spreadrisiken sowie dem Ausfallrisiko des Emittenten gemäß dem Kreditrisiko-Standardansatz. Als Spreadshift werden die vom BVR zentral bereitgestellten Daten herangezogen.

3.2.4.2 Marktpreisrisiken

3.2.4.2.1 Zinsänderungsrisiko

Bei dem besonderen Portfolio der Bank kann nur für einen Teil der Kundenforderungen von bekannten und verlässlichen Zahlungsterminen für Zins- und Tilgungsleistungen ausgegangen werden. Daher beschränken sich die Möglichkeiten der Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Wesentlichen auf den Bereich der Geldaufnahme.

Die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene erfolgt sowohl GuV-orientiert als auch barwertig. In der GuV-orientierten Betrachtung werden verschiedene Zinsniveau- und Zinsstrukturverschiebungen simuliert. Als Risikohorizont werden der nächste Bilanzstichtag und auch darüber hinausgehende Perioden betrachtet. In der barwertigen Beurteilung des Zinsänderungsrisikos wird der Zinsrisikoeffizient gemäß den Vorgaben der Bankenaufsicht zur Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung berechnet. Darüber hinaus werden barwertige Zinsänderungsrisiken vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit reflektiert.

Die Ergebnisse werden monatlich in ihren Auswirkungen analysiert und dem Vorstand mit Steuerungshinweisen zugeleitet.

Im Geschäftsjahr 2018 bewegte sich das Zinsänderungsrisiko im Rahmen der gesetzten Risikolimits und in Anlehnung an die implementierte Ampelsystematik auf Bank- und Gruppenebene ausschließlich im grünen Bereich.

3.2.4.2.2 Immobilienwertschwankungsrisiko

Das Immobilienwertschwankungsrisiko trifft sowohl für die Bewertung der Immobilien im Eigenbestand der Bank und im Bestand der steuerungsrelevanten Gruppe als auch für die Behandlung der als Kreditsicherheit dienenden Immobilien zu, wobei die Steuerung und Überwachung der als Kreditsicherheit dienenden Immobilien über das Adressenausfallrisiko erfolgt.

Die BAG Bankaktiengesellschaft verfügt über einen im Wesentlichen aus Verwertungsmaßnahmen übernommenen, umfangreichen Immobilienbesitz. Die dort erkennbaren Risiken sind im Jahresabschluss ausreichend berücksichtigt worden.

Die Verwaltung des Immobilienbestandes erfolgt durch externe Gesellschaften, wobei die Koordination durch die Marktfolge „Beteiligungen und Bestandsimmobilien“ sichergestellt wird.

Steuerung und Überwachung der Immobilienwertschwankungsrisiken erfolgen zum einen objektbezogen und zum anderen auf Portfolioebene. Die aktuell sehr gute Marktlage für Immobilien eröffnet der BAG Bankaktiengesellschaft im Rahmen ihrer Immobilienabbaustrategie Chancen. Das Immobilienwertschwankungsrisiko nimmt sukzessive ab. Wir haben das Geschäftsjahr 2018 intensiv genutzt, um die Immobilienvermarktungserfolge der Bank- sowie der Gruppen-Immobilien zu steigern. Gleichmaßen wie das Immobilienwertschwankungsrisiko wird auch das Beteiligungsrisiko aus den Gesellschaften mit Immobilienbesitz durch den Bestandsabbau positiv beeinflusst.

Im Geschäftsjahr 2018 bewegte sich das Immobilienwertschwankungsrisiko im Rahmen der gesetzten Risikolimits und in Anlehnung an die implementierte Ampelsystematik auf Bank- und Gruppenebene im grünen Bereich.

3.2.4.3 Beteiligungsrisiko

Die BAG Bankaktiengesellschaft betreibt eine selektive und risikobewusste Beteiligungspolitik. Alle Handlungen der Tochter- und Enkelgesellschaften sind darauf ausgerichtet, dem Unternehmenszweck der BAG Bankaktiengesellschaft zu dienen.

Die Risiken aus den Beteiligungen resultieren aus:

- Übernahme von Verlusten aus Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen
- Kapitalrisiko (Wertverlust, Un- bzw. Unterverzinslichkeit)
- Restriktion bei der Kreditvergabe/ Geschäftsausweitung als Folge einer Eigenkapitalreduzierung.

Sowohl das Beteiligungsergebnis als auch das Beteiligungsrisiko unterliegen der laufenden Kontrolle und werden in der Gesamtbankplanung und Steuerung integriert betrachtet.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung ist dem Beteiligungsrisiko auf Gruppenebene ein eigenes Risikolimit zugeordnet. Die Messung des Beteiligungsrisikos erfolgt mittels eines VaR-basierten Beteiligungsportfoliomodells.

Chancen ergeben sich insbesondere aus dem aktuell positiven wirtschaftlichen Umfeld, welches einen beschleunigten Abbau der immobilienbesitzenden Gesellschaften aufgrund der guten Immobilienmarktsituation unterstützt.

3.2.4.4 Liquiditätsrisiko

Auf Basis der Gesamtbankplanung wird unter Berücksichtigung erwarteter Rückflüsse eine im Jahresverlauf kontinuierlich überprüfte Liquiditätsplanung erstellt und erforderlichenfalls angepasst.

Die Bank verfügte auch im Geschäftsjahr 2018 jederzeit über ausreichende Liquidität und kann zur Deckung zusätzlichen Liquiditätsbedarfes auf ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe zurückgreifen.

Die Vorgaben zur Einhaltung der Liquidity Coverage Ratio (LCR), welche sich aus der Inkraftsetzung der Kapitaladäquanzverordnung (CRR) bzw. der EU-Richtlinie (CRD IV) ergaben, führten zum Aufbau eines Bestandes an lastenfreien, erstklassigen liquiden Aktiva öffentlicher Emittenten. Die LCR beträgt zum Bilanzstichtag 205,1 % (Vorjahr: 532,5 %).

3.2.4.5 Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken im Sinne des Baseler Ausschusses beinhalten die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund externer Ereignisse eintreten.

Die Unterlegung der operationellen Risiken mit anrechenbaren Eigenmitteln basiert auf den Vorgaben der CRR/CRD IV.

Identifizierung und Beurteilung der operationellen Risiken erfolgen im Rahmen einer jährlich durchzuführenden Risikoinventur. Ziel der Risikoinventur ist es, in den relevanten Geschäftsfeldern der Bank Risikofaktoren zu identifizieren, die vor dem Hintergrund der Geschäftsaktivitäten und der Aufbau- und Ablauforganisation einen finanziellen Schaden auslösen können. Die Risikobeurteilung erfolgt dabei in Form einer qualitativen Selbsteinschätzung (Self-Assessment).

Alle eingetretenen Schadensfälle mit einer Schadenhöhe von mehr als 3 TEUR werden durch den Bereich Risikocontrolling kategorisiert und in eine Schadensfalldatenbank aufgenommen. Der Bereich Risikocontrolling erstellt hieraus vierteljährlich Auswertungen zur Darstellung der Entwicklung der operationellen Schäden. Die Auswertungen werden an den Vorstand, die risikoverantwortlichen Mitarbeiter und die Interne Revision verteilt. Die Berichterstattung umfasst die Art der eingetretenen Schäden, deren Ursachen, das Ausmaß der Schäden und Risiken sowie die Überwachung von eingeleiteten Gegenmaßnahmen.

Chancen zur Reduzierung ergebnisbelastender Schadensfälle ergeben sich durch die konsequente Umsetzung der internen Richtlinien und Weisungen, die strenge Einhaltung von Vertragswerken sowie die stetige Sensibilisierung der Mitarbeiter.

3.2.4.6 Fondsrisiko

Das Fondsrisiko resultiert aus der ertragsgesteuerten Anlage überschüssiger Liquidität in einem Spezialfonds der Union Investment und wird definiert als die Gesamtheit der im Fonds befindlichen Marktpreisrisiken und Adressenausfallrisiken aller im Fonds enthaltenen Bestände, die in der Fondsdurchschau ermittelt werden und die zu einem Wertverlust des Fonds in Gänze führen können. Die BAG fasst somit alle potenziellen Wertminderungen unter dem Fondsrisiko zusammen. Dies beinhaltet die Messung der im Fonds enthaltenen Marktpreis- und Adressrisiken, die sich wiederum in Einzelrisiken aufgliedern. Um Verluste oberhalb eines definierten Schwellenwertes zu vermeiden, ist der Spezialfonds mit einem dynamisch-asymmetrischen Wertsicherungskonzept gesteuert. Damit genießt die Einhaltung der vereinbarten Wertuntergrenze (95,0 %) höchste Priorität noch vor der langfristigen Vereinnahmung von Erträgen.

Mit der Anlage der freien Liquidität in dem Spezialfonds verfolgt die Bank im Wesentlichen das Ziel der Stabilisierung der Ertragslage durch regelmäßige, ordentliche Erträge. Darüber hinaus erfolgt eine deutliche Diversifikation der Eigenanlage unter Nutzung der Expertise der Union Investment Gruppe. Hierdurch kommt es zudem zu einer Reduzierung der administrativen Tätigkeiten gegenüber einer Direktinvestition in den jeweiligen Einzelwerten.

Das Fondsrisiko wird über die durch die Union Service-Gesellschaft mbH zur Verfügung gestellten Risikokennzahlen ermittelt und in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung einbezogen. Das Fondsrisiko ist Bestandteil des Risikoreportings und wird sowohl monatlich als auch quartalsweise reportet. Im Jahresverlauf ergaben sich keine Limitüberschreitungen.

3.2.4.7 Stress-Tests

Die Analysen der für die BAG Bankaktiengesellschaft relevanten Risiken werden um Stress-Tests ergänzt, mit denen die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen bzw. Bonitätsveränderungen untersucht werden. Stress-Tests helfen, außergewöhnliche aber plausible Marktentwicklungen und deren Risiko- und Ergebniswirkungen auf die Bank zu messen und zu beurteilen. Neben der Analyse einzelner, risikoartenspezifischer Stress-Szenarien werden sowohl inverse Stress-Tests als auch die Auswirkungen mehrerer, risikoartenübergreifender Stress-Situationen und Risikokonzentrationen betrachtet. Die Ergebnisse der Stress-Tests werden kritisch reflektiert und regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Aus der regelmäßigen kritischen Reflektion der Stress-Tests ist die BAG Bankaktiengesellschaft in der Lage, frühzeitig mögliche unerwünschte Entwicklungen abschätzen zu können und Chancen zur Risikoreduzierung und -vermeidung wahrzunehmen.

3.2.5 Interne Revision

Die Interne Revision überwacht und kontrolliert die Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS). Die Interne Revision ist Bestandteil des internen Überwachungssystems, arbeitet weisungsfrei und unbeeinflusst als prozessunabhängige Instanz im Auftrag des Vorstands mit dem Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen und Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Grundlagen hierfür sind die aufsichtsrechtlichen MaRisk. Die Interne Revision führt Prüfungsmaßnahmen auf der Grundlage eines unter Risikogesichtspunkten aufgestellten Prüfungsplanes durch und überwacht die Beseitigung der festgestellten Beanstandungen. Darüber hinaus kommt sie ihren Berichtspflichten gegenüber den Organen der Bank im Rahmen bestehender fachlicher und gesetzlicher Regelungen nach.

4 Erklärung zur Unternehmensführung

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 111 Abs. 5 AktG für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen eine Zielgröße von 13 % festgelegt. Diese Zielgröße wurde während des Zeitraums eingehalten.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 111 Abs. 5 AktG für die Besetzung des Vorstands mit Frauen eine Zielgröße von 33 % bei einer Besetzung des Vorstands mit drei Geschäftsleitern und von 0 % bei einer Besetzung mit zwei Geschäftsleitern festgelegt. Die Zielgröße von 0 % wurde während des Zeitraums eingehalten.

Der Vorstand hat gemäß § 76 Abs. 4 AktG und basierend auf dem Status quo für die Besetzung der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstandes mit Frauen eine Zielgröße von 13 % und für die zweite Führungsebene unterhalb des Vorstandes eine Zielgröße von 0 % festgelegt.

Die festgelegten Zielgrößen sind maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2022 und entsprechen dem Status quo. Eine Steigerung kommt nur in Betracht, wenn nach derzeitigem Stand im bezeichneten Zeitraum Stellen frei werden oder zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Hamm, den 22. März 2019

BAG Bankaktiengesellschaft

Der Vorstand



Kunsleben



Binczick



**Jahresabschluss der
BAG Bankaktiengesellschaft 2018**

	Geschäftsjahr				Vorjahr TEUR
	Euro	Euro	Euro	Euro	
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			1.172,07		4
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	1.172,07	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			39.242.430,39		103.961
b) andere Forderungen			0,00	39.242.430,39	0
4. Forderungen an Kunden				144.228.017,45	187.826
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	0,00				(0)
Kommunalkredite	0,00				(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		10.093.481,50			15.427
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.093.481,50				(15.427)
bb) von anderen Emittenten		12.894.693,16	22.988.174,66		6.156
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	12.894.693,16				(6.156)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	22.988.174,66	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				107.836.155,12	4.282
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen				5.383.769,23	5.830
darunter:					
an Kreditinstituten	223.825,70				(224)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				8.057.322,41	1.202
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				1.245.952,34	1.351
darunter: Treuhandkredite	1.245.952,34				(1.351)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.198.713,02		1.753
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	1.198.713,02	0
12. Sachanlagen				40.342.921,07	49.496
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital				0,00	0
14. Sonstige Vermögensgegenstände				11.670.156,72	12.610
15. Rechnungsabgrenzungsposten				0,00	0
16. Aktive latente Steuern				0,00	0
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung				0,00	0
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				0,00	0
Summe der Aktiva				382.194.784,48	389.898

	Geschäftsjahr		Vorjahr TEUR
	Euro	Euro	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig		16.555,56	20
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.452.630,49	4.643
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	0,00		0
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	0,00	0,00	0
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	33.531.791,92		24.492
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	26.888.772,61	60.420.564,53	31.672
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00	0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00	0
darunter:			
Geldmarktpapiere	0,00		(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00		(0)
3a. Handelsbestand		0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten		1.245.952,34	1.351
darunter: Treuhandkredite	1.245.952,34		(1.351)
5. Sonstige Verbindlichkeiten		24.714.748,80	22.089
6. Rechnungsabgrenzungsposten		1.364.918,26	388
6a. Passive latente Steuern		0,00	0
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		4.527.601,00	4.319
b) Steuerrückstellungen		0,00	10.861
c) andere Rückstellungen		25.785.861,49	29.230
8. (gestrichen)			
9. Nachrangige Verbindlichkeiten		0,00	0
10. Genusssrechtskapital		4.330.141,48	4.497
darunter:			
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	4.330.141,48		(4.497)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken		0,00	0
12. Eigenkapital			
a) Gezeichnetes Kapital	99.110.258,00		99.110
- Nennbetrag eigene Anteile	-1.170,00	99.109.088,00	-1
b) Kapitalrücklage		157.226.722,53	157.227
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	0,00		0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00		0
cc) satzungsmäßige Rücklagen	0,00		0
cd) andere Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		0,00	256.335.810,53
Summe der Passiva		382.194.784,48	389.898
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	2.172.498,20		3.191
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	2.172.498,20	0
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00		0
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	182.539,31	182.539,31	164

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 01.01.2018 bis 31.12.2018

	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr gesamt TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		7.269.933,50			10.549
b) festverz. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>457.805,83</u>	7.727.739,33		477
2. Zinsaufwendungen			<u>385.559,62</u>	7.342.179,71	485
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			<u>1.510.000,00</u>		0
b) Beteiligungen			<u>151.646,23</u>		441
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>0,00</u>	1.661.646,23	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				<u>13.325,45</u>	21
5. Provisionserträge			<u>1.161.077,24</u>		1.442
6. Provisionsaufwendungen			<u>6.031,33</u>	1.155.045,91	62
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands				<u>0,00</u>	0
8. Sonstige betriebliche Erträge				<u>22.881.215,20</u>	17.647
9. (gestrichen)					
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		<u>7.936.342,09</u>			8.203
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>1.662.313,79</u>	9.598.655,88		1.513
darunter: für Altersversorgung	<u>327.232,42</u>				(250)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>9.486.354,64</u>	19.085.010,52	11.302
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				<u>3.418.206,77</u>	3.607
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				<u>29.524.614,68</u>	29.152
darunter: für Aufzinsung Altersversorgung	<u>381.290,00</u>				(313)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>0,00</u>		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>11.913.617,24</u>	11.913.617,24	33.020
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			<u>0,00</u>		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>6.409.116,03</u>	6.409.116,03	1.198
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				<u>812,32</u>	1
18. (gestrichen)					
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				<u>-652.498,52</u>	10.470
20. Außerordentliche Erträge			<u>0,00</u>		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>0,00</u>		0
22. Außerordentliches Ergebnis				<u>0,00</u>	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>-449.352,11</u>		10.528
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>-203.146,41</u>	-652.498,52	-58
25. Erträge aus Verlustübernahme				<u>0,00</u>	0
26. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				<u>0,00</u>	0
27. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag				<u>0,00</u>	0
28. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr				<u>0,00</u>	0
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				<u>0,00</u>	0
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			<u>0,00</u>		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			<u>0,00</u>		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			<u>0,00</u>		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen			<u>0,00</u>	0,00	0
31. Entnahmen aus Genusssrechtskapital				<u>0,00</u>	0
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			<u>0,00</u>		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			<u>0,00</u>		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen			<u>0,00</u>		0
d) in andere Gewinnrücklagen			<u>0,00</u>	0,00	0
33. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals				<u>0,00</u>	0
34. Bilanzgewinn / Bilanzverlust				<u>0,00</u>	0

Anhang der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm zum 31. Dezember 2018

Allgemeine Angaben

Die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm (BAG), eingetragen beim Amtsgericht Hamm unter HRB 1175, hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt.

Der Jahresabschluss ist nach den gesetzlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften, die Bilanz gemäß Formblatt 1 der RechKredV sowie die Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform (Formblatt 3 der RechKredV) aufgestellt.

A. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Barreserven, Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten angesetzt und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die bis zum 31. Dezember 2012 erworbenen Forderungen an Kunden werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten angesetzt. Die ab dem 1. Januar 2013 erworbenen Forderungen werden unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 340e Abs. 2 HGB mit ihrem Nennbetrag (entspricht dem erwarteten Cashflow ohne Berücksichtigung von Abzinsung) angesetzt. Der Unterschiedsbetrag (Abzinsungsbetrag inklusive Bearbeitungskosten) zwischen zum Nennbetrag angesetzten Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag wurde in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen. Dieser Unterschiedsbetrag wird zeitanteilig aufgelöst.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, bilanzieren wir entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften des § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt.

Vermögensgegenstände und Schulden, die im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehalten werden, werden unter den Posten Treuhandvermögen und Treuhandverbindlichkeiten zu Anschaffungskosten bzw. zu Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten vermindert um die lineare Abschreibung bewertet.

Das bewegliche Sachanlagevermögen sowie die Einbauten in fremden Gebäuden werden mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauer beträgt für die Betriebs- und Geschäftsausstattung 1 bis 20 Jahre; für Einbauten in fremden Gebäuden 10 Jahre. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von EUR 250 (Vorjahr: EUR 150) werden als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Im Berichtsjahr zugegangene Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als EUR 250 (Vorjahr: EUR 150) bis zu EUR 800 (Vorjahr: EUR 410) werden voll abgeschrieben.

Die Grundstücke und Gebäude werden zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Sofern die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen werden entsprechend § 253 Abs. 5 HGB Zuschreibungen vorgenommen. Bei den aus dem Umlaufvermögen umgewidmeten Immobilien des Sachanlagevermögens wird die planmäßige Abschreibung entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Die planmäßige Abschreibung wird bei diesen Immobilien ab dem Monat der Umwidmung vorgenommen.

Unter dem Bilanzposten sonstige Vermögensgegenstände werden zum einen die Grundstücke und Gebäude ausgewiesen, die sich nicht länger als fünf Jahre im Bestand der BAG befinden und zum anderen die Immobilien, bei denen die BAG zwar seit mehr als fünf Jahren Eigentümer ist, aber derzeit bereits konkrete Verkaufsverhandlungen stattfinden. Die Bilanzierung dieser Immobilien erfolgt zum beizulegenden Wert.

Die Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens erfolgt gemäß § 284 Abs. 3 HGB nach der Brutto-Methode (siehe Anlagespiegel unter B.).

Alle den Forderungen an Kunden anhaftenden Einzelrisiken und das allgemeine latente Kreditrisiko werden durch eine angemessene Risikovorsorge in ausreichendem Umfang abgedeckt. Dabei wird dem latenten Kreditrisiko durch Bildung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen, deren Berechnung grundsätzlich auf der Basis des BMF-Schreibens vom 10. Januar 1994 erfolgt. Von dieser Bewertungsmethode des Vorjahres wurde im Hinblick auf den Entwurf einer Stellungnahme zu Pauschalwertberichtigungen bei Instituten (IDW ERS BFA 7) wie folgt abgewichen: Die Bank hat erstmals im Jahresabschluss 2018 auf den 40 %-Abschlag bei der Ermittlung der Pauschalwertberichtigung nach dem steuerlichen Schreiben verzichtet.

Für besondere Einzelrisiken liegen Deckungserklärungen der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, vor.

Latente Steuern werden seit dem Geschäftsjahr 2010 für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden ermittelt. Dabei werden bei der BAG nicht nur die Unterschiede aus den eigenen Bilanzposten einbezogen, sondern auch solche, die bei Organgesellschaften bestehen. Eine Berücksichtigung von steuerlichen Verlustvorträgen erfolgt nicht, da innerhalb der nächsten fünf Jahre keine Verlustverrechnung zu erwarten ist. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der BAG von aktuell 32,07 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer. Die sich für die Bank ergebende Steuerentlastung resultiert im Wesentlichen aus den unterschiedlichen Wertansätzen der Pensionsrückstellungen sowie aus Bewertungsunterschieden in Beteiligungsansätzen innerhalb des Organkreises.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert. Auftretende Unterschiedsbeträge würden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt werden. Der Unterschiedsbetrag würde planmäßig auf die Laufzeit der Verbindlichkeiten verteilt.

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden Zinsen und Bearbeitungsgebühren ausgewiesen, die zukünftigen Rechnungsperioden zuzurechnen sind. Insbesondere erfolgt hier der Ausweis von Unterschiedsbeträgen (Abzinsungsbeträge inklusive Bearbeitungskosten) zwischen zum Nennwert angesetzten Forderungen und den geringeren Auszahlungsbeträgen.

Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen wird analog dem Vorjahr die international anerkannte Projected Unit Credit Method als Bewertungsmethode herangezogen. Bei der Bewertung nach der Projected Unit Credit Method wird unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze ein Rechnungszins von 3,21 % und Erhöhungen der laufenden Renten von 1,50 % sowie Fluktuationswahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Als Rechnungszins wird der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten 10 Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Pensionsrückstellungen werden auf der Grundlage der Richttafeln von Prof. Dr. Heubeck von 2018 (Vorjahr: von 2005) ermittelt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren (3,21 %) und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren (2,32 %) beträgt EUR 486.920 und unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Die übrigen Rückstellungen werden nach § 253 HGB bewertet, wonach sie gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages insbesondere unter Berücksichtigung von Kostensteigerungen und Gehaltstrends anzusetzen und grundsätzlich nach § 253 Abs. 2 HGB mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abzuzinsen sind.

Der Rückstellungstest zur Berechnung der Drohverlustrückstellung aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) erfolgt nach der barwertigen Methode. Danach ist im Jahresabschluss 2018 keine Drohverlustrückstellung für Zinsrisiken im Bankbuch zu bilden, da der Barwert des Zinsbuchs unter Berücksichtigung der noch anfallenden Standardrisiko- und Verwaltungskosten über dem Buchwert des Zinsbuchs liegt.

Das Genussrechtskapital wird zum Nennwert bilanziert.

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen mit den Valuten am Bilanzstichtag ausgewiesen.

B. Entwicklung des Anlagevermögens der BAG Bankaktiengesellschaft

Die Entwicklung der wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2018 stellt sich folgendermaßen dar:
(Gliederung nach § 284 Abs. 3 HGB, § 34 Abs. 3 RechKredV)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen						Buchwerte	
	Stand am 01.01.2018	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen & Umwidmungen aus dem (+) bzw. in das (-) Umlaufvermögen	Stand am 31.12.2018	Zugänge (Abschreibungen des laufenden Jahres)	Zuschreibungen (auf Abschreibungen vorangegangener Jahre)	Weitere Änderungen durch Zugänge	Weitere Änderungen durch Abgänge	Weitere Änderungen durch Umbuchungen & Umwidmungen aus dem (+) bzw. in das (-) Umlaufvermögen	Stand am 31.12.2018	Stand Geschäftsjahr	Stand Vorjahr	
	(kumuliert)	(Geschäftsjahr)	(Geschäftsjahr)	(gesamt)	(kumuliert)	(Geschäftsjahr)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(gesamt)	(kumuliert)	(saldiert)	(saldiert)	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
1. Immaterielle Vermögensgegenstände														
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.168	35	-643	0	4.560	587	0	0	-641	0	1.199	1.754	0	
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
d) geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	5.168	35	-643	0	4.560	587	0	0	-641	0	1.199	1.754	0	
2. Sachanlagen														
a) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	74.676	4.469	-20.391	328	59.082	2.675	0	0	-9.205	0	38.733	48.797	0	
b) technische Anlagen und Maschinen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
c) andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.333	125	-282	0	3.195	156	0	0	-256	0	610	648	0	
d) geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	52	59	-110	0	0	0	0	0	0	0	0	52	0	
Summe Sachanlagen	78.061	4.652	-20.763	328	62.277	2.831	0	0	-9.461	0	40.343	49.497	0	
3. Finanzanlagen														
a) Anteile an verbundenen Unternehmen	12.914	0	0	0	12.914	0	-6.855	0	0	0	6.057	1.202	0	
b) Beteiligungen	5.830	0	0	0	5.830	446	0	0	0	0	5.384	5.830	0	
c) Wertpapiere des Anlagevermögens	4.282	0	0	0	4.282	0	0	0	0	0	4.282	4.282	0	
Summe Finanzanlagen	23.026	0	0	0	23.026	446	-6.855	0	0	0	17.723	11.313	0	
Gesamtsumme	106.255	4.688	-21.407	328	89.864	3.864	-6.855	0	-10.102	0	59.265	62.564	0	

C. Erläuterungen zur Bilanz

1. Forderungen an Kreditinstitute

In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen in Höhe von TEUR 38.583 an der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, enthalten, die als Zentralbank fungiert. Die davon zur Erfüllung der Mindestreserveverpflichtung indirekt gehaltenen Mittel betragen TEUR 486.

Mit der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, besteht ein Beteiligungsverhältnis.

2. Forderungen an Kunden

Für die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen gelten die folgenden Restlaufzeiten:

bis drei Monate	2.907	TEUR
mehr als drei Monate bis ein Jahr	14.873	TEUR
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	46.692	TEUR
mehr als fünf Jahre	79.744	TEUR
Zinsabgrenzung	12	TEUR
Summe	144.228	TEUR

In den Forderungen an Kunden sind Rangrücktritte in Höhe von TEUR 4.777 (Vorjahr: TEUR 6.981) enthalten.

Ausgehend vom Geschäftszweck der Bank sind hier ebenfalls Forderungen aus dem Miet- und Immobilienbereich erfasst.

Die ausschließlich unverbrieften Forderungen enthalten solche an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 34.086 (Vorjahr: TEUR 48.872) und an Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von TEUR 14.016 (Vorjahr: TEUR 20.503).

Die unversteuerte Pauschalwertberichtigung erhöht sich von TEUR 825 um TEUR 226 auf TEUR 1.051. Zusätzlich wird erstmals im Berichtsjahr eine versteuerte Pauschalwertberichtigung in Höhe von TEUR 701 gebildet.

3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen

	börsen- fähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert	nicht nach dem Niederstwert- prinzip bewertete börsenfähige Wertpapiere
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22.988	22.988	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0
Beteiligungen	0	0	0	0

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere sind mit einem Volumen von TEUR 5.011 innerhalb des Jahres 2019 fällig.

Des Weiteren werden in diesem Posten folgende Anteile an Sondervermögen im Sinn des § 1 Abs. 10 KAGB von mehr als 10 Prozent ausgewiesen:

Bezeichnung des Fonds	Wert nach §§ 168, 278 KAGB, § 36 InvG a.F. oder vergleichbarer ausländischer Vorschriften	Differenz zum Buchwert	Erfolgte Aus- schüttung für das Ge- schäfts- jahr	Abschrei- bung für das Ge- schäfts- jahr
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
UIN-Fonds Nr. 930 der Union Investment Institutional GmbH, Frankfurt am Main ISIN DE000A2DP6J9	103.555	0	0	1.445

Der Fonds ist ein Spezialfonds, der in aktien-, renten- und geldmarktorientierten Werten investiert. Anlageziel des Sondervermögens ist, eine angemessene Rendite und marktgerechte Erträge zu erzielen. Gleichzeitig liegt der Anlagestrategie ein Wertsicherungskonzept zugrunde. Beschränkungen in der täglichen Rückgabemöglichkeit bestehen grundsätzlich nicht.

4. Anteile an verbundenen Unternehmen

Die nach § 285 Nr. 11 HGB i. V. m. § 34 Abs. 1 RechKredV erforderlichen Angaben über Anteile an anderen Unternehmen werden in einer Aufstellung des Anteilsbesitzes unter dem Gliederungspunkt E. 5. dargestellt.

5. Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen besteht ausschließlich aus Treuhandkrediten.

6. Immaterielle Anlagewerte

Unter den immateriellen Anlagewerten werden ausschließlich entgeltlich erworbene Software und Lizenzen ausgewiesen.

7. Sachanlagen

Die Sachanlagen beinhalten in Höhe von TEUR 39.733 (Vorjahr: TEUR 48.849) die aus dem Umlaufvermögen umgewidmeten Immobilien. Davon betragen die Buchwerte der im Berichtsjahr umgewidmeten Objekte TEUR 328 (Vorjahr: TEUR 891). Des Weiteren werden unter diesem Bilanzposten die Betriebs- und Geschäftsausstattung nebst Einbauten in fremden Gebäuden und den Fahrzeugen in Höhe von insgesamt TEUR 610 (Vorjahr: TEUR 648) ausgewiesen.

8. Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten sind im Wesentlichen Erstattungsansprüche auf Steuern in Höhe von TEUR 4.157 (Vorjahr: TEUR 1.392), Immobilien des Umlaufvermögens in Höhe von TEUR 2.708 (Vorjahr: TEUR 5.878) und Instandhaltungsrücklagen für Immobilien in Höhe von TEUR 1.885 (Vorjahr: TEUR 1.801) enthalten. Des Weiteren werden unter dem Posten Forderungen aus Besserungsscheinen an zwei Tochterunternehmen in Höhe von TEUR 1.082 (Vorjahr: TEUR 0) ausgewiesen. Die Forderungen aus dem Geschäftsfeld Servicing betragen TEUR 579 (Vorjahr: TEUR 1.290) und die Kaufpreisforderungen aus der Veräußerung von Objekten belaufen sich auf TEUR 282 (Vorjahr: TEUR 1.940).

9. Fremdwährungsposten

In den Vermögensgegenständen sind wie im Vorjahr keine Fremdwährungen enthalten.

10. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, in Höhe von TEUR 3.453 (Vorjahr: TEUR 4.643) enthalten, die als Zentralbank fungiert.

Für die im Passivposten Nr. 1 Buchstabe b ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist gelten die folgenden Restlaufzeiten:

bis drei Monate	125	TEUR
mehr als drei Monate bis ein Jahr	221	TEUR
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	623	TEUR
mehr als fünf Jahre	2.484	TEUR
Zinsabgrenzung	0	TEUR
Summe	3.453	TEUR

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in Höhe von insgesamt TEUR 3.428 (Vorjahr: TEUR 4.643) zweckgebunden und durch hereingenommene Sicherheiten besichert. Hierfür wurden Vermögenswerte in gleicher Höhe zur Sicherheit übertragen.

Mit der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, besteht ein Beteiligungsverhältnis.

11. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Für die im Passivposten Nr. 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb ausgewiesenen anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist gelten die folgenden Restlaufzeiten:

bis drei Monate	23.317	TEUR
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.100	TEUR
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.470	TEUR
mehr als fünf Jahre	0	TEUR
Zinsabgrenzung	2	TEUR
Summe	26.889	TEUR

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind nicht durch die Übertragung von Vermögensgegenständen besichert.

Die ausschließlich unverbrieften Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten solche gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 40.068 (Vorjahr: TEUR 42.567) und gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von TEUR 13.309 (Vorjahr: TEUR 9.077).

12. Treuhandverbindlichkeiten

Sämtliche Treuhandverbindlichkeiten stellen Treuhandkredite dar.

13. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind innerhalb des nächsten halben Jahres fällig und enthalten mit TEUR 22.873 (Vorjahr: TEUR 20.217) die Leistung auf die Besserungsscheinverpflichtung zugunsten der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., mit TEUR 507 (Vorjahr: TEUR 789) unbezahlte Rechnungen gegenüber Dritten, mit TEUR 325 (Vorjahr: TEUR 133) ausstehende Abführungen von Lohn- und Kirchensteuern und mit TEUR 274 (Vorjahr: TEUR 285) noch nicht fällige Zinszahlungen aus aufgenommenem Genussrechtskapital. Weitere Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von TEUR 215 (Vorjahr: TEUR 211) aus zum Bilanzstichtag noch nicht fälligen Umsatzsteuervorauszahlungen sowie mit TEUR 146 (Vorjahr: TEUR 114) aus dem Erwerb, Verkauf und der Vermietung von Immobilien. Die noch ausstehenden Auskehrungen aus dem Geschäftsfeld Servicing belaufen sich auf TEUR 70 (Vorjahr: TEUR 339).

14. Passive Rechnungsabgrenzung

In diesem Bilanzposten wird mit einem Betrag von TEUR 1.365 (Vorjahr: TEUR 388) der Unterschiedsbetrag (Abzinsungsbetrag inklusive Bearbeitungskosten) aus den seit 2013 erworbenen Kundenforderungen ausgewiesen.

15. Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten Anwartschaften und laufende Rentenzahlungen.

Die im Berichtsjahr vollständig verbrauchten Steuerrückstellungen betrafen im Vorjahr mit TEUR 4.986 die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 sowie in Höhe von TEUR 5.875 die Gewerbesteuer für die Geschäftsjahre 2014, 2015 und 2016. Für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 sind keine Steuerrückstellungen zu bilden.

In dem Bilanzposten „andere Rückstellungen“ sind neben einer Rückstellung für Freistellungserklärungen gegenüber Gesellschaften der BAG-Gruppe (TEUR 14.490), sonstige Rückstellungen für das Kreditgeschäft (TEUR 4.914), Rückstellungen für Sozialpläne (TEUR 2.106) auch Rückstellungen für Bürgschaften und Garantien (TEUR 836) und Prozesskosten (TEUR 628) enthalten.

16. Genussrechtskapital

Zum Bilanzstichtag wird wie im Vorjahr kein Genussrechtskapital als Eigenmittel angesetzt. Des Weiteren wurde im Geschäftsjahr 2016 das zuvor noch ungekündigte Volumen in vollem Umfang zum 31. Dezember 2018 gekündigt. Die Auszahlung des gekündigten Genussrechtskapitals erfolgt nach der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2018 im Juli 2019.

17. Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Vom Ausweis der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen entfallen TEUR 435 (Vorjahr: TEUR 835) auf verbundene Unternehmen. Gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen wie im Vorjahr keine Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen.

Sämtliche Eventualverbindlichkeiten sind nicht durch die Übertragung von Vermögensgegenständen besichert.

Die anderen Verpflichtungen betreffen in voller Höhe die unwiderruflichen Kreditzusagen. Gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, bestehen wie im Vorjahr keine unwiderruflichen Kreditzusagen.

Das Risiko und die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme für gemäß der §§ 26 und 27 RechKredV unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen schätzen wir unter Beachtung der Entwicklungen der Vorjahre und der in den Rückstellungen berücksichtigten Risikovorsorgen als nicht wesentlich ein.

18. Fremdwährungsposten

In den Verbindlichkeiten sowie den Eventualverbindlichkeiten sind wie im Vorjahr keine Fremdwährungen enthalten.

19. Termingeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Termingeschäfte.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Die Zinserträge beinhalten mit TEUR 690 (Vorjahr: TEUR 523) periodenfremde Erträge, die im Berichtsjahr realisiert wurden. Negative Zinsen sind in den Zinserträgen in Höhe von TEUR 149 (Vorjahr: TEUR 188) enthalten.
2. In den Zinsaufwendungen sind wie im Vorjahr keine Vorfälligkeitsentschädigungen für die vorzeitige Ablösung von Refinanzierungen bei Kreditinstituten enthalten.
3. Während im Vorjahr keine laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erzielt wurden, belaufen sich diese im Berichtsjahr auf TEUR 1.510. Gleichzeitig reduzierten sich die laufenden Erträge aus Beteiligungen im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 441 auf TEUR 152.

4. Die in den Provisionsaufwendungen enthaltenen Aufwendungen für Verwaltungskredite in Höhe von TEUR 2 (Vorjahr: TEUR 3) werden mit den in den Provisionserträgen enthaltenen Erträgen für Verwaltungskredite verrechnet.
5. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten unter anderem Anforderungen von Mitteln der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, in Höhe von TEUR 6.332 (Vorjahr: TEUR 3.894).

Die Zahlung von Mitteln der Sicherungseinrichtung resultiert hauptsächlich daraus, dass die Bank, deren Tätigkeit unter anderem in der Übernahme und Abwicklung sicherungseinrichtungsgestützter Forderungen liegt, Ansprüche gegen die Sicherungseinrichtung realisiert.

Ferner werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung von im Eigentum der Bank befindlichen Immobilien von TEUR 6.212 (Vorjahr: TEUR 6.956) ausgewiesen.

Die Gewinne aus dem Abgang von Immobilien betragen TEUR 6.414 (Vorjahr: TEUR 4.960) und es sind keine Erträge aus Zuschreibungen zu verzeichnen (Vorjahr: TEUR 115).

Des Weiteren konnten im Berichtsjahr Erträge aus Besserungsscheinverpflichtungen in Höhe von TEUR 1.733 (Vorjahr: TEUR 10) vereinnahmt werden.

6. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betragen TEUR 3.418 (Vorjahr: TEUR 3.607). Davon entfallen TEUR 1.199 (Vorjahr: TEUR 1.380) auf planmäßige und TEUR 1.476 (Vorjahr: TEUR 1.365) auf außerplanmäßige Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude des Anlagevermögens.
7. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen mit TEUR 22.873 (Vorjahr: TEUR 20.217) die Leistung auf die Besserungsscheinverpflichtung zugunsten der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Die unter diesem Posten ausgewiesenen Aufwendungen für bankeigene Immobilien belaufen sich auf TEUR 5.499 (Vorjahr: TEUR 5.929). Davon entfallen TEUR 1.360 (Vorjahr: TEUR 1.069) auf die Instandhaltung und TEUR 1.058 (Vorjahr: TEUR 368) auf Verluste aus dem Abgang von Grundstücken und Gebäuden. Diesen Abgangsverlusten stehen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von TEUR 866 aus einer Garantievereinbarung zwischen dem BVR und der Bank gegenüber. Weitere sonstige betriebliche Aufwendungen resultieren mit TEUR 650 (Vorjahr: TEUR 535) aus Immobilienvermittlungsprovisionen. Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB sind im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen (Vorjahr: TEUR 229).

Des Weiteren werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Immobilienvermittlungsprovisionen für den Verkauf von Immobilien von Kunden im Rahmen der Sicherheitenverwertung in Höhe von TEUR 371 (Vorjahr: TEUR 457) ausgewiesen.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 433 (Vorjahr: TEUR 361) betreffen mit TEUR 381 die Aufzinsung von Pensionsrückstellungen (Vorjahr: TEUR 313) sowie mit TEUR 52 die Aufzinsung der Rückstellungen für Sozialpläne, Betriebsprüfungen, Archivierungskosten und Dienstjubiläen (Vorjahr: TEUR 48).

8. Des Weiteren werden, aus Ergebnisabführungsverträgen resultierend, Aufwendungen aus Verlustübernahmen in Höhe von TEUR 1 (Vorjahr: TEUR 1) und Erträge aus abgeführten Gewinnen in Höhe von TEUR 13 (Vorjahr: TEUR 21) in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.
9. Während im Vorjahr die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in voller Höhe mit TEUR 10.528 das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit belasteten, entlasten diese mit TEUR 449 das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Berichtsjahres.

E. Sonstige Angaben

1. Aktionäre/Aktien

	Aktionäre	Aktien	Grundkapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage
	Anzahl	Stück	EURO	EURO	EURO
Anfang 2018	16	3.811.933	99.109.088	157.226.723	0
Zugang 2018	0	0	0	0	0
Abgang 2018	0	0	0	0	0
Ende 2018	16	3.811.933	99.109.088	157.226.723	0

Bei den Aktien handelt es sich ausschließlich um Stammaktien.

Der BVR hat der BAG eine Mehrheitsbeteiligung gemäß § 16 Abs. 1 AktG angezeigt.

Die Bank wurde durch Beschlüsse der Hauptversammlung in Vorjahren, letztmals durch Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Juni 2014 ermächtigt, eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG von Kleinaktionären zu erwerben und an den BVR oder an Dritte zu veräußern. Diese Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien gilt bis zum 31. Dezember 2019. Von den am 31. Dezember 2018 noch im Bestand der Bank befindlichen 45 Aktien wurden 44 Aktien am 14. September 2004 und 1 Aktie am 20. Juni 2016 erworben. Der Anteil des auf die eigenen Aktien entfallenden Grundkapitals beträgt 0,001% bzw. EUR 1.170,00 (Vorjahr: EUR 1.170,00). Der Nennwert je vinkulierter Namensaktie beträgt EUR 26,00.

2. Durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	14,50	1,00
Handlungsbevollmächtigte	33,25	7,25
Angestellte	42,75	15,75
Gewerbliche Arbeitnehmer	0,00	2,00
Summe	90,50	26,00

Es wurden durchschnittlich 9,5 Auszubildende beschäftigt.

3. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

Finanzielle Verpflichtung	Erfüllungsbeträge (Mio. EUR)
Mietvertrag für das Gebäude Hamm, Gabelsbergerstr. 1a; der Mietvertrag läuft mindestens bis zum 31. Januar 2027	5,7
Besserungsscheinverpflichtung zugunsten der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin	475,5
	<hr/>
	481,2

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von Mio. EUR 475,5 (Vorjahr: Mio. EUR 498,3).

4. Angaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 6 AktG

Zugunsten der BAG bestehen Ansprüche aus 11 Besserungsscheinverpflichtungen; im Geschäftsjahr sind davon keine neu entstanden.

5. Aufstellung des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB

Die BAG Bankaktiengesellschaft besitzt folgende direkte und indirekte Kapitalanteile in Höhe von mindestens 20 Prozent an folgenden Unternehmen:

lfd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von lfd. Nr.	Anteil am Kapital unmittelbar	Anteil am Kapital durchgerechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
5.1 Direkter Anteilsbesitz									
1	CORONA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (vormals: CORONA-Vermittlungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH)	Hamm	(BAG)	100	100	2018	11.056.134,84	2018	9.577.636,46
2	PROMOTA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (vormals: PROMOTA-Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH)	Hamm	(BAG)	100	100	2018	-11.493.974,12	2018	-6.078,07
3	DZ Immobilien + Treuhand GmbH *)	Münster	(BAG)	5,5	5,5	2017	4.055.181,03	2017	0,00
4	Union Investment Institutional Property GmbH *)	Hamburg	(BAG)	10	10	2017	17.390.760,13	2017	1.723.472,64
5	Union Investment Real Estate Austria AG *)	Wien	(BAG)	5,5	5,5	2017	6.222.083,31	2017	65.328,35

5.2 Indirekter Anteilsbesitz									
6	ABV Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	München	18	100	49,7	2017	3.064,46	2017	2.227,46
7	Achte GKB Liegenschaften GmbH & Co. Immobilienprojekt KG	Hamm	14	100	100	2018	-590.134,79	2018	941.162,43
8	BAG SeFa GmbH	Hamm	2	100	100	2018	124.685,83	2018	0,00 (EAV mit BAG)
9	BAG Wert GmbH	Hamm	1	100	100	2018	-3.716.438,11	2018	0,00 (EAV mit BAG)
10	BEGO Anlagen-Management GmbH (in Insolvenz)	Hamm	11	100	100	2010	0,00	2010	-4.969.814,20
11	BEGO Beteiligungsgesellschaft mbH	Hamm	2	100	100	2018	320.530,02	2018	-862.576,31
12	BEGO Immobilien GmbH (vormals: Immobilienverwaltungsgesellschaft Lindenstraße 20 - 25 mbH)	Hamm	14	100	100	2018	47.826,13	2018	9.228,82
13	BEGO Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Hamm	14	100	100	30.06.2016	-14.976.022,95	2018	0,00
14	BEGO Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Hamm	11	100	100	2018	-5.073.215,67	2018	-123,76
15	BEGO-ZWP GmbH (vormals: VR-ZWP GmbH)	Hamm	2	100	100	2018	339.621,78	2018	-19.666,14
16	DBE Immobilienverwaltungs GmbH i.L.	München	2	48	48	2017	-11.939.873,44	2017	877.421,25
17	DEGESPREE Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Berlin	15	100	100	2018	291.786,77	2018	0,00
18	Deutsche Bauentwicklung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	München	2	49,7	49,7	2017	56.245,26	2017	42.276,57

Ifd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von Ifd. Nr.	Anteil am Kapital unmittelbar	Anteil am Kapital durchgerechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
19	Deutsche Bauentwicklung GmbH & Co. Immobilienverwaltungs KG	München	6, 18	100	49,7	2017	-22.786.757,45	2017	480.489,77
20	DG ANLAGE Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	23	100	94,99	2018	2.542.474,33	2018	626.811,24
21	DG ANLAGE Holland-Fonds "Maastricht"-Verwaltungs-GmbH	Frankfurt am Main	20	100	94,99	2017	1.009,25	2017	-370,77
22	DG ANLAGE Holland-Fonds Zwei-Verwaltungs-GmbH	Frankfurt am Main	18	100	49,7	2017	34.888,86	2017	-1.879,30
23	DG IMMOBILIEN MANAGEMENT Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	1	94,99	94,99	2018	16.180.367,09	2018	10.774.483,08
24	DG IMMOBILIEN MANAGEMENT GmbH & Co. Objekt Geschäftshaus Am Gendarmenmarkt KG	Frankfurt am Main	20, 23	100	94,99	2018	-1.871.597,81	2018	-12.422,91
25	DG Immobilien-Anlagegesellschaft mbH & Co. "Kinocenter Essen" KG i.L.	Frankfurt am Main	26	59,06	56,1	2018	10.277.569,56	2018	14.218.147,28
26	DGI Liegenschaften GmbH	Frankfurt am Main	23	100	94,99	2018	1.766.223,19	2018	333.971,45
27	Doric Erste Aviation GmbH & Co. KG	Offenbach am Main	56	26,66	26,66	30.09.2017	1.952.721,64	30.09.2017	-45.851,78
28	Doric Erste Navigation GmbH & Co. KG	Offenbach am Main	56	26,45	26,45	30.09.2017	178.115,26	30.09.2017	-194,32
29	Dritte Grundbesitz Wohnbaufonds GbR	Chemnitz	34	53,6	25,73	**)		**)	
30	Dritte Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR	Chemnitz	34	46,03	22,09	**)		**)	
31	Dritte GKB Liegenschaften GmbH & Co. Immobilienprojekt KG	Hamm	14	100	100	2018	-459.244,86	2018	48.885,63
32	DVL Deutsche Verkehrs-Leasing GmbH i.L.	Eschborn	23	25,1	23,84	30.11.2017	2.498.045,14	30.11.2017	-21.495,84
33	Einundzwanzigste BEGO Liegenschaften GmbH & Co. Immobilienprojekt KG ****)	Dahn	42	99,86	99,86	2016	-804.229,10	2016	-10.926,44
34	EMBE Fonds-Projekt GmbH	Berlin	35	48	48	2017	-5.184.935,21	2017	2.633.637,42
35	EMBE Immobiliengesellschaft mbH	Hamm	2	100	100	2018	6.244.006,99	2018	0,00 (EAV mit BAG)
36	GAF Treuhand GmbH	Offenbach am Main	56	100	100	2017	83.471,78	2017	15.974,80
37	Galileo Fonds Betreutes Wohnen in Neutraubling GbR	Regensburg	34	42,16	20,23	2016	-4.098.540,32	2016	-32.952,76
38	GENO-Rechenzentrum GmbH i.L.	Hamm	1	100	100	30.11.2017	0,00	30.11.2017	0,00
39	GFW Grundstücksgesellschaft mbH	München	6	100	49,7	2017	53.006,93	2017	29.562,88
40	GFW Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Argentum KG	München	19	100	49,7	2017	-3.167.831,63	2017	2.231.082,77
41	GHG Gesellschaft für Haus- und Grundbesitzvermittlung mbH	Hamm	2	100	100	2018	-10.315.293,91	2018	913.717,93
42	Grund + Renten Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ****)	Berlin	10	100	100	2016	33.136,87	2016	3.780,29

Ifd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von Ifd. Nr.	Anteil am Kapital unmittelbar	Anteil am Kapital durchgerechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
43	Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR	Chemnitz	34	49,85	23,93	2013	1.854.152,48	2013	-640.372,66
44	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Bachwiesenstraße 21 - 25, Stuttgart i.L.	Stuttgart	34, 35	57,63	54,1	2013	3.079.243,88	2013	51.523,32
45	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Fritz-Müller-Str. 107/ Ostring 18	Stuttgart	34	30	14,4	2017	8.976.162,91	2017	134.679,29
46	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart / Filderstadt	Stuttgart	34, 35	34,85	16,77	2017	24.838.428,58	2017	-429.922,96
47	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart / Leinfelden-Echterdingen i.L.	Stuttgart	34, 35	20,64	9,93	2017	29.175.165,65	2017	-217.733,24
48	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart - Mitte i.L.	Stuttgart	34	40,69	19,53	2012	12.764.874,17	2012	59.410,14
49	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart - Mitte 4	Stuttgart	34, 35	57,2	27,54	2016	11.439.472,54	2016	-258.538,75
50	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Mönchhaldenstraße 28, Stuttgart i.L.	Stuttgart	34, 35	63,7	60,19	2013	2.327.404,99	2013	32.553,83
51	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Mörikestr. 17 - 21, Stuttgart	Stuttgart	34	58,91	28,28	2017	5.246.095,84	2017	141.051,30
52	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart - Vaihingen / Ludwigsburg	Stuttgart	34	29,72	14,26	2017	16.579.282,19	2017	-144.647,86
53	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Untere Waldplätze 2	Stuttgart	34	49,52	23,77	2017	3.441.727,54	2017	-74.846,28
54	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Wolf-Hirth-Straße 8	Stuttgart	34	57,12	27,42	2017	3.761.262,70	2017	33.262,43
55	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Wolfstor 1, 7300 Esslingen a.N. i.L.	Stuttgart	34	25,18	12,09	2013	11.565.525,65	2013	162.711,48
56	GVA GENO-Vermögens-Anlage-Gesellschaft mbH	Hamm	2	100	100	2018	1.988.558,73	2018	-22.841,56
57	GVV Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR Bruchköbel	Nieder- dorfelden	34	65,54	31,46	***)		2016	-1.418,00
58	GVV Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR Hochtaunus i.L.	Nieder- dorfelden	34	71,66	34,4	***)		2016	15.849,44
59	HAT-Gewerbefonds 52 Büro- und Geschäftshaus "Hamburger Straße" Leipzig GbR	Dresden	34	23,87	11,46	***)		2016	209.251,11
60	HB Grundstücksentwicklungs- gesellschaft mbH i.L.	Hamm	2	100	100	2018	2.403.173,55	2018	0,00 (EAV mit BAG)

Ifd. Nr.	Name	Sitz	Anteil gehalten von Ifd. Nr.	Anteil am Kapital unmittelbar	Anteil am Kapital durchgerechnet	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
				%	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
61	HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH	Hamm	1	100	100	2018	2.811.004,22	2018	330.761,00
62	Immobilien- Vermögens- & Verwaltungs-GbR Nr. 5	Leinfelden-Echterdingen	34	56,72	27,22	***)		2015	58.263,80
63	Immobilien- Vermögens- & Verwaltungs-GbR 70771 Leinfelden-Echterdingen Stetten, Stettener Hauptstraße 62-68	Leinfelden-Echterdingen	34	24,17	11,6	***)		2017	101.798,68
64	Joint-Venture-Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit Haftungsbeschränkung	Berlin	23, 24	100	94,99	2018	-13.173.854,19	2018	3.090.247,45
65	Kleverland Immobilien GmbH (in Insolvenz)	Berlin	34	100	48	2007	23.031,96	2007	-8.856,46
66	NORDCAPITAL Immobilienfonds Niederlande 7 GmbH & Co. KG	Hamburg	56	37,46	37,46	2017	10.981.700,14	2017	568.598,73
67	Pariser Platz 3 Grundbesitz Gesellschaft mbH (in Insolvenz seit 21.03.2019)	Berlin	23	100	94,99	2017	254.191,24	2017	-164.189,52
68	Polaris Fonds GmbH & Co. Fünfte Kommanditgesellschaft für geschlossene Immobilienfonds in den Niederlanden i.L.	Frankfurt am Main	56	27,24	27,24	2015	171.676,30	2015	32.144,87
69	Tameso GmbH & Co. Glienicke KG i.L. ****)	Berlin	71	90,42	43,4	2015	380.031,67	2015	-1.219.477,24
70	Vierundzwanzigste BEGO Liegenschaften GmbH & Co. Immobilienprojekt KG	Hamm	14	100	100	2018	-575.392,94	2018	840.419,16
71	VOBA Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Grundstückskommanditgesellschaft (in Insolvenz)	Berlin	34	100	48	2007	-8.202.289,44	2007	109.800,71
72	VR Inkasso Leasing & Consulting GmbH	Hamm	1, 2	100	100	2018	823.884,59	2018	110.226,11
73	WBF III. Wohnbau Fonds GbR	Frankfurt am Main	34	77,86	37,37	2016	403.277,99	2016	-47.023,05
74	Zwanzigste GKB Liegenschaften GmbH & Co. Immobilienprojekt KG	Hamm	14	100	100	2018	-6.463.666,61	2018	842.518,68
75	Zweite Grundbesitz Wohnbaufonds Bayern GbR	Chemnitz	34	51,9	24,91	**)		**)	
76	Zweite Grundbesitz Wohnbaufonds Ost-West GbR	Chemnitz	34	54,89	26,35	**)		**)	

*) Direkte Beteiligungen von nicht untergeordneter bilanzieller Bedeutung.

**) Gesellschaft bilanziert nicht.

***) Gesellschaft bilanziert nicht, sondern erstellt eine Einnahmen-Überschussrechnung zur Ermittlung des Jahresergebnisses.

****) Gesellschaft wird von einer unmittelbar insolventen Gesellschaft gehalten.

6. Offenlegung durch die Institute

Gemäß Teil 8 der CRR (Artikel 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu tätigen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme, beträgt wie in den Vorjahren 0 %.

7. Sonstige Angaben

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Bezüge für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene betragen TEUR 195. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen sind TEUR 3.209 zurückgestellt.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr für das Geschäftsjahr 2017 eine Vergütung von TEUR 147 erhalten. Für die im Jahr 2019 zu zahlende Aufsichtsratsvergütung des Geschäftsjahres 2018 werden TEUR 173 zurückgestellt. Den Mitgliedern des Vorstandes sowie den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden weder Kredite gewährt noch sind Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personen eingegangen worden.

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin, (Garantieverbund) in Höhe von TEUR 859.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin, (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung beziehungsweise Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie für Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Die Bank ist Mitglied des Genossenschaftsverbandes – Verband der Regionen e.V., Frankfurt am Main, und gehört der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, an.

Auf die Angabe des Gesamthonorars des bestellten Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da die Angabe im Konzernabschluss der BAG enthalten ist.

Die Bank unterhält im wesentlichen Umfang Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen. Diese erfolgen zu marktüblichen Konditionen.

8. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2018 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BAG Bankaktiengesellschaft haben.

9. Mitglieder des Vorstandes

René Kunsleben, Dipl.-Betriebswirt (FH)
- Sprecher des Vorstandes -

Mark Binczick, Dipl.-Kfm.

10. Mitglieder des Aufsichtsrates

Gerhard Hofmann, Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.
- Vorsitzender -

Siegfried Mehring, Dipl.-Kfm. WP/StB, Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes – Verband der Regionen e.V.
- Stellvertretender Vorsitzender –

Dr. Alexander Büchel, WP/StB/RA, Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V.

Ulrich Dönges, Dipl.-Kfm. WP/StB, Bereichsleiter Sicherungseinrichtung im Haus des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Martin Eul, Bankdirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Dortmunder Volksbank eG

Andreas Heinze, Bankdirektor i.R., ehemals Vorsitzender des Vorstandes der Volksbank Rietberg eG (Mitglied bis 30. September 2018)

Gerhard Janke, Bankdirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Raiffeisenbank Ober- teuringen-Mecklenbeuren eG

Kerstin Lauber, Bankdirektorin, Mitglied des Vorstandes der Volksbank Wittgenstein eG (Mitglied ab 17. Dezember 2018)

Dr. Martin Polle, Dipl.-Betriebswirt (FH), Vorsitzender des Vorstandes der VR-Bank Uckermark-Randow eG

Gerhard Schorr, Dipl.-Kfm. WP/StB, ehemals Mitglied des Vorstandes des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e. V. (Mitglied bis 31. Dezember 2018)

Michael Speth, Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstandes der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

Monika van Beek, Dipl.-Betriebswirtin (FH) WP/StB, Mitglied des Vorstandes des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V. (Mitglied ab 01. Januar 2019)

Ulrike von Hasselbach, Rechtsanwältin, Arbeitnehmervertreterin

Norbert Hesping, Rechtsanwalt, Arbeitnehmervertreter

André Lojack, Rechtsanwalt, Arbeitnehmervertreter

Merle Rogge, Bankfachwirtin, Arbeitnehmervertreterin

Reinhard Wollny, Ass. jur., Arbeitnehmervertreter

Hamm, den 22. März 2019

BAG Bankaktiengesellschaft

Der Vorstand



Kunsleben



Binzick



**Bestätigungsvermerk
des unabhängigen Abschlussprüfers**

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSS-PRÜFERS

An die BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft. Die im Abschnitt "Sonstige Informationen" genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt "Sonstige Informationen" genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Forderungen an Kunden
2. Bewertung der unter den Bilanzposten Sachanlagen und Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesenen Immobilien

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

1. Bewertung der Forderungen an Kunden

a) Im Jahresabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft werden Forderungen an Kunden von 144,2 Mio EUR ausgewiesen. Diese betreffen fast ausschließlich Problemkredite, d.h. Sanierungs- oder Abwicklungsengagements. Die Forderungen sind überwiegend durch die Beleihung von in Deutschland gelegenen Immobilien besichert. Die BAG Bankaktiengesellschaft überprüft regelmäßig die Marktwerte der Immobilien anhand von Wertgutachten, die von einem Tochterunternehmen der BAG Bankaktiengesellschaft erstellt werden. Die Marktwerte werden von den Gutachtern in der Regel unter Anwendung des Ertragswertverfahrens ermittelt. Die hierbei gewählten Bewertungsparameter haben einen bedeutsamen Einfluss auf den Sicherheitenwert und die Bildung einer gegebenenfalls erforderlichen Risikovorsorge. Da die Bildung der Risikovorsorge insofern mit Schätzunsicherheiten behaftet ist, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir für eine bewusste Auswahl von Kreditengagements die Bewertung der als Sicherheit dienenden Immobilien nachvollzogen. Die von den Gutachtern vorgenommenen Wertermittlungen haben wir insbesondere beurteilt, ob die angesetzten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen sachgerecht und angemessen sind. Dabei haben wir uns auch auf öffentlich zugängliche Marktdaten gestützt. Des Weiteren haben wir die Angemessenheit des internen Kontrollsystems der BAG Bankaktiengesellschaft zur Bewertung der als Sicherheit dienenden Immobilien und dessen Wirksamkeit untersucht. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung sind die implementierten Prozesse angemessen. Die angesetzten Bewertungsparameter liegen innerhalb banküblicher Bandbreiten.

c) Zur Bewertung der Forderungen an Kunden und Bildung der Risikovorsorge verweisen wir auf den Abschnitt A. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Anhangs.

2. Bewertung der unter den Bilanzposten Sachanlagen und Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesenen Immobilien

a) Im Jahresabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft werden Immobilien von 39,7 Mio EUR im Bilanzposten Sachanlagen und von 2,7 Mio EUR im Bilanzposten Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen. Die BAG Bankaktiengesellschaft überprüft regelmäßig die Marktwerte der Immobilien anhand verschiedener Kriterien und veranlasst gegebenenfalls die Erstellung eines aktualisierten Wertgutachtens. Die Wertgutachten werden von einem Tochterunternehmen der BAG Bankaktiengesellschaft erstellt. Die Marktwerte werden von den Gutachtern in der Regel unter Anwendung des Ertragswertverfahrens ermittelt. Da die hierbei gewählten Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf den Marktwert haben, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir für eine bewusste Auswahl von Immobilien die von den externen Gutachtern durchgeführten Bewertungen in Bezug auf ihre Aktualität, Methodik sowie die Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Dabei haben wir uns ein Verständnis über die den Wertgutachten zugrundeliegenden Ausgangsdaten, Wertparameter und getroffenen Annahmen auch vor dem Hintergrund der aktuell erzielten Miet- und/oder Objektergebnisse verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Die Wertansätze sind unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen nach dem Ergebnis unserer Prüfung angemessen.

c) Zu den Sachanlagen und Sonstigen Vermögensgegenständen verweisen wir auf den Abschnitt A. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die Ziffern 7. und 8. in Abschnitt C. Erläuterungen zur Bilanz des Anhangs.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die von uns vor dem Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangte, in Abschnitt 4 des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB. Diesen Bestandteil des Lageberichts haben wir nicht inhaltlich geprüft.

Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang

steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese

Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 16. Juli 2018 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 9. August 2018 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2014 als Abschlussprüfer der BAG Bankaktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht des geprüften Unternehmens angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

- Prüfung des internen Kontrollsystems nach IDW PS 951 n. F. für die Dienstleistung "Bearbeitung von Problemerkrediten"
- Sonstige Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit dem institutsbezogenen Sicherungssystem.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Peter Krüper.

Bonn, den 8. April 2019

DGR Deutsche Genossenschafts-Revision
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH

Dorothee Mende
Wirtschaftsprüfer

Peter Krüper
Wirtschaftsprüfer



Bericht des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss und Konzernabschluss 2018 der BAG Bankaktiengesellschaft

Im Jahr 2018 setzte die deutsche Wirtschaft ihren Aufschwung getragen durch die positive Inlandsnachfrage fort, wobei der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr merklich schwächer ausgefallen ist. Die Stimmung an den Finanzmärkten trübte sich in der zweiten Jahreshälfte merklich ein. Grund hierfür waren zunehmende Unsicherheiten verursacht durch die Handelspolitik der US-Regierung, das reduzierte Wirtschaftswachstum von China und anderen Schwellenländern sowie die schwindende Hoffnung auf einen geregelten Brexit. Die Europäische Zentralbank EZB hat zum Jahresende 2018 erste Schritte zur Beendigung ihres Ankaufprogramms für Anleihen eingeleitet. Die Leitzinsen beließen die europäischen Notenbanker jedoch unverändert auf deren historisch niedrigen Niveau. Insgesamt ist von einem Anhalten des Niedrigzinsniveaus auszugehen.

Die deutschen Genossenschaftsbanken haben sich unter diesen Bedingungen gut behauptet. Sie konnten ihre Erträge auf einem vergleichsweise hohen Niveau stabil halten und ihre Eigenmittelausstattung weiter verbessern. Das mitglieder-fokussierte Geschäftsmodell der Genossenschaftsbanken ist primär auf das traditionelle Einlagen- und Kreditgeschäft in der jeweiligen Region ausgerichtet. Die BAG Bankaktiengesellschaft unterstützt die Mitglieder der genossenschaftlichen FinanzGruppe insbesondere bei der professionellen Bearbeitung von Problemkrediten, sei es durch den Ankauf derartiger Engagements oder durch sog. Servicing ohne eigene Risikoübernahme. Auch wenn sich die Problemkreditbestände in Deutschland auf einem historisch niedrigen Niveau bewegen, kennen die Genossenschaftsbanken den Mehrwert einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der BAG Bankaktiengesellschaft sowie ihrer Dienstleistungsgesellschaften und greifen auf ihr Know-how zurück.

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben unter Berücksichtigung der zuvor genannten Rahmenbedingungen wahrgenommen und den Vorstand der Bank laufend überwacht und beraten. Er befasste sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank und der BAG-Gruppe, dem Risikomanagementsystem, der Planung und dem internen Kontrollsystem. Der

Aufsichtsrat hat die Unternehmensstrategie sowie grundsätzliche Fragen der strategischen Weiterentwicklung und deren Umsetzung mit dem Vorstand erörtert. Zudem hat er sich vom Vorstand über die Geschäftspolitik, die Lage und Entwicklung der Bank und des Konzerns, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle regelmäßig und umfassend schriftlich und mündlich unterrichten lassen und hierüber mit ihm beraten. Zwischen den jeweiligen Sitzungszeiträumen erforderliche Beschlüsse wurden im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Der Aufsichtsrat verfügt aufgrund seiner Kenntnisse und Erfahrungen in seiner Gesamtheit über ausreichende Branchen- und Sachkenntnisse sowie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Im Rahmen der Selbstbewertung gem. § 25d Abs. 11 S. 2 Nr. 3 und 4 KWG hat der Aufsichtsrat diese Anforderungen überprüft. Der Aufsichtsrat ist zudem frei von Interessenkonflikten. Die gesetzlichen Anforderungen gem. § 100 Abs. 5 AktG werden erfüllt.

Sitzungen des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2018 fanden fünf ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats statt. Kernthemen dieser Sitzungen waren:

- die quartalsweise Berichterstattung zur wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank und der BAG-Gruppe
- die quartalsweise Risikoberichterstattung
- die Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie inkl. der Planung für die Folgejahre
- die Feststellung des Jahresabschlusses 2017 und Billigung des Konzernabschlusses 2017 sowie die Erörterung wesentlicher Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung
- die regulatorische und ökonomische Kapitalplanung
- die regelmäßige Berichterstattung über die Projekte „Kapazitätsbemessung“ und „Migration agree21“

Ausschüsse des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der BAG Bankaktiengesellschaft hat zwei Ausschüsse eingerichtet, einen Nominierungsausschuss und einen Risiko- und Prüfungsausschuss. Dem Risiko- und Prüfungsausschuss obliegt unter anderem die Überwachung der Abschlussprüfung insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Nichtprüfungsleistungen. Beide Ausschüsse tagten im Geschäftsjahr 2018 mehrfach. Die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden in den jeweils nachfolgenden Sitzungen über Inhalt und Ergebnisse dieser Ausschusssitzungen unterrichtet.

Jahresabschluss

Vertreter der Abschlussprüferin haben an der heutigen Jahresabschlusssitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Im Vorfeld ist das Ergebnis der Prüfung dem Risiko- und Prüfungsausschuss erläutert und von diesem ausführlich erörtert worden. Der Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses hat hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates berichtet.

Der Jahresabschluss für das Jahr 2018 mit Lagebericht und der Konzernabschluss mit Lagebericht – unter Einbeziehung der Buchführung – sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten DGR – Deutsche Genossenschafts-Revision Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH, Bonn, geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung nach intensiver Befassung und Einsicht in die Berichte der Abschlussprüferin sowie auf Basis der Empfehlung des Risiko- und Prüfungsausschusses zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss hat der Aufsichtsrat heute festgestellt und den Konzernabschluss gebilligt.

Personalien

Herr Andreas Heinze, Mitglied des Vorstandes der Volksbank Rietberg eG, ist als Mitglied des Aufsichtsrates mit Wirkung zum 30.09.2018 ausgeschieden. Frau Kerstin Lauber, Mitglied des Vorstandes der Volksbank Wittgenstein eG, ist an seiner Stelle

für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2020 beschließt, als Mitglied des Aufsichtsrates in der außerordentlichen Hauptversammlung am 17.12.2018 gewählt worden.

Herr Gerhard Schorr, Mitglied des Vorstandes des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V., ist als Mitglied des Aufsichtsrates mit Wirkung zum 31.12.2018 ausgeschieden. Frau Monika van Beek, Mitglied des Vorstandes des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V., ist an seiner Stelle für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2020 beschließt, als Mitglied des Aufsichtsrates mit Wirkung zum 01.01.2019 in der außerordentlichen Hauptversammlung am 17.12.2018 gewählt worden.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BAG Bankaktiengesellschaft und des BAG-Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

59069 Hamm, den 08. Mai 2019



Hofmann

- Vorsitzender des Aufsichtsrates -